



REGIERUNGSRAT

Regierungsgebäude, 5001 Aarau
Telefon 062 835 12 40, Fax 062 835 12 50
regierungsrat@ag.ch
www.ag.ch/regierungsrat

A-Post Plus

Bundesamt für Justiz
Eidgenössisches Amt für das Zivil-
standswesen
Bundesrain 20
3003 Bern

6. Juni 2018

Teilrevision der Fortpflanzungsmedizinverordnung: Vereinfachung des Vorgehens zur Mitteilung der Abstammungsdaten an das Kind; Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Regierungsrat des Kantons Aargau bedankt sich für die Möglichkeit, zum Entwurf der Teilrevision der Fortpflanzungsmedizinverordnung (FMedV) Stellung nehmen zu können.

Die Stossrichtung der vorgeschlagenen Änderungen wird begrüsst.

Künftig soll die Information eines aufgrund einer Samenspende geborenen Kindes vereinfacht werden nachdem es ein Auskunftsgesuch betreffend seiner Abstammungsdaten gestellt hat. Mit der vorgesehenen schriftlichen Information auf dem Postweg muss das Kind nicht mehr den schriftlichen Bericht im Eidgenössischen Amt für das Zivilstandswesen (EAZW) in Bern persönlich entgegennehmen.

Dies hat auch zur Folge, dass kein sozialpsychologisch geschultes Personal mehr anwesend sein wird, wenn die Abklärungen des EAZW dem Kind eröffnet werden. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, dass das Kind auf Beratungsangebote hingewiesen wird, wie dies in Art. 23 Abs. 5 FMedV des Vernehmlassungsentwurfs vorgesehen wird.

Der Regierungsrat des Kantons Aargau stimmt zusammenfassend der Vorlage zu.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats

Alex Hürzeler
Landammann

Vincenza Trivigno
Staatsschreiberin

Kopie

- eazw@bj.admin.ch



Landammann und Standeskommission

Sekretariat Ratskanzlei
Marktgasse 2
9050 Appenzell
Telefon +41 71 788 93 24
Telefax +41 71 788 93 39
michaela.inauen@rk.ai.ch
www.ai.ch

Ratskanzlei, Marktgasse 2, 9050 Appenzell

Bundesamt für Justiz
Bundesrain 20
3003 Bern

Appenzell, 6. Juni 2018

Teilrevision der Fortpflanzungsmedizinverordnung: Vereinfachung des Vorgehens zur Mitteilung der Abstammungsdaten an das Kind Stellungnahme Kanton Appenzell I.Rh.

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 2. März 2018 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zur Revision der Teilrevision der Fortpflanzungsmedizinverordnung, Vereinfachung des Vorgehens zur Mitteilung der Abstammungsdaten an das Kind, zukommen lassen.

Die Standeskommission hat die Unterlagen geprüft. Sie unterstützt die Revision. Wichtig ist der Standeskommission in diesem Zusammenhang aber, dass die betroffenen Personen auf die bestehenden Beratungsangebote hingewiesen werden.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Im Auftrage von Landammann und Standeskommission

Der Ratschreiber:


Markus Dörig

Zur Kenntnis an:

- eazw@bj.admin.ch
- Gesundheits- und Sozialdepartement Appenzell I.Rh., Hoferbad 2, 9050 Appenzell
- Ständerat Ivo Bischofberger, Ackerweg 4, 9413 Obereggen
- Nationalrat Daniel Fässler, Weissbadstrasse 3a, 9050 Appenzell



Regierungsrat, 9102 Herisau

Bundesamt für Justiz
3003 Bern

Dr. iur. Roger Nobs
Ratschreiber
Tel. +41 71 353 63 51
roger.nobs@ar.ch

Herisau, 25. Mai 2018

Eidg. Vernehmlassung; Teilrevision der Fortpflanzungsmedizinverordnung: Vereinfachung des Vorgehens zur Mitteilung der Abstammungsdaten an das Kind; Stellungnahme des Regierungsrates von Appenzel Ausserrhoden

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 2. März 2018 hat das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) die Vernehmlassung zur Teilrevision der Fortpflanzungsmedizinverordnung eröffnet.

Der Regierungsrat von Appenzel Ausserrhoden nimmt dazu wie folgt Stellung:

Der Regierungsrat kann die Gründe für die Teilrevision nachvollziehen und ist mit dem Vorentwurf einverstanden. Wichtig erscheint, dass – wie in Art. 23 Abs. 5 E-FMedV vorgesehen – seitens EAZW auf Beratungsangebote hingewiesen wird, wenn künftig die Auskunftserteilung nicht mehr persönlich und in Anwesenheit von sozialpsychologischen Fachpersonen erfolgt.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Im Auftrag des Regierungsrates

Roger Nobs, Ratschreiber

Postgasse 68
3000 Bern 8
www.rr.be.ch
info.regierungsrat@sta.be.ch

Bundesamt für Justiz

Per E-Mail an: eazw@bj.admin.ch

13. Juni 2018

RRB-Nr.: 676/2018
Direktion Gesundheits- und Fürsorgedirektion
Unser Zeichen 2018.GEF.361
Ihr Zeichen
Klassifizierung Nicht klassifiziert



**Vernehmlassung des Bundes: Teilrevision der Fortpflanzungsmedizinverordnung:
Vereinfachung des Vorgehens zur Mitteilung der Abstammungsdaten an das Kind.
Stellungnahme des Kantons Bern**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Regierungsrat dankt für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Das Bundesgesetz und die Verordnung über die medizinisch unterstützte Fortpflanzung regeln das Zugangsrecht zu den Abstammungsdaten für Personen, die aufgrund einer Samenspende geboren wurden. Die erste Generation von Betroffenen erreicht demnächst die Volljährigkeit und hat damit ein absolutes Recht auf Erhalt der Angaben. Ziel der Vorlage ist eine Vereinfachung des Vorgehens, indem die Mitteilung der Abstammungsdaten in Zukunft schriftlich erfolgt und die Gesuchstellerin oder der Gesuchsteller nicht mehr persönlich auf dem Eidgenössischen Amt für das Zivilstandswesen erscheinen muss.

Der Regierungsrat begrüsst ausdrücklich, dass mit der vorliegenden Revision das Verfahren für alle Verfahrensbeteiligten vereinfacht und bürgernäher gestaltet wird. Das persönliche Vorgesprechen in Bern erscheint aus heutiger Sicht überholt.

Der Teilrevision der Fortpflanzungsmedizinverordnung wird daher zugestimmt.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident



Christoph Neuhaus

Der Staatsschreiber



Christoph Auer

Regierungsrat, Rathausstrasse 2, 4410 Liestal

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD
3003 Bern

Als pdf und als Word-Dokument per E-Mail
an: eazw@bj.admin.ch

Liestal, 15. Mai 2018
ThW/AfG/MH

Teilrevision der Fortpflanzungsmedizinverordnung: Vereinfachung des Vorgehens zur Mitteilung der Abstammungsdaten an das Kind, Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren,

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 2. März 2018, worin Sie uns die oben erwähnte Verordnungsänderung zur Vernehmlassung unterbreiten.

Gerne teilen wir Ihnen mit, dass wir den geplanten Änderungen der Fortpflanzungsverordnung zustimmen.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und stehen für allfällige Rückfragen gerne zur Verfügung

Hochachtungsvoll



Dr. Sabine Pegoraro
Regierungspräsidentin



Nic Kaufmann
2. Landschreiber



Rathaus, Marktplatz 9
CH-4001 Basel

Tel: +41 61 267 85 62
Fax: +41 61 267 85 72
E-Mail: staatskanzlei@bs.ch
www.regierungsrat.bs.ch

Versand per Email an:
eazw@bj.admin.ch

Basel, 30. Mai 2018

Präsidialnummer: P180288

**Regierungsratsbeschluss vom 29. Mai 2018
Vernehmlassung zur Teilrevision der Fortpflanzungsmedizinverordnung; Vereinfachung
des Vorgehens zur Mitteilung der Abstammungsdaten an das Kind: Stellungnahme des
Kantons Basel-Stadt**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 2. März 2018 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zur Tevision der im Betreff genannten Verordnung zukommen lassen. Gerne nehmen wir dazu wie folgt Stellung:

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt begrüsst die vorgesehenen Änderungen. Der künftige Verzicht auf eine persönliche Vorladung der gesuchstellenden Person nach Bern zwecks Nachweis der Identität (Art. 21 Abs. 2 E-FMedV) ist kundenfreundlich und verfahrensökonomisch sinnvoll. Dasselbe gilt für den Ersatz der persönlichen Mitteilung der Spenderdaten durch ein schriftliches Verfahren auf dem Postweg (Art. 23 Abs. 1 E-FMedV). Es ist ebenfalls positiv zu bewerten, dass gemäss Artikel 21 Absatz 3 E-FMedV durch die gesuchstellende Person ein schutzwürdiges Interesse nachgewiesen werden muss, wenn diese noch nicht volljährig ist oder sie weitergehende Informationen erhalten möchte.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüssen
Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt

Elisabeth Ackermann
Präsidentin

Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Conseil d'Etat CE
Staatsrat SR

Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

T +41 26 305 10 40, F +41 26 305 10 48
www.fr.ch/ce

Conseil d'Etat
Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

Office fédéral de la justice
Bundesrain 20
3003 Berne

Document PDF et Word à :
eazw@bj.admin.ch

Fribourg, le 19 mars 2018

Ordonnance sur la procréation médicalement assistée (OPMA) : procédure de consultation

Madame, Monsieur,

Dans l'affaire susmentionnée, nous nous référons au courrier du 2 mars 2018 de Madame la Conseillère fédérale Simonetta Sommaruga.

Nous avons pris bonne note du projet et vous remercions pour son élaboration. Le Conseil d'Etat peut soutenir le projet et n'a pas de remarques particulières à faire.

Nous vous prions de croire, Madame, Monsieur, à l'assurance de nos sentiments les meilleurs.

Au nom du Conseil d'Etat :


Georges Godel
Président




Danielle Gagnaux-Morel
Chancelière d'Etat



Genève, le 30 mai 2018

Le Conseil d'Etat

2474-2018

Madame Simonetta SOMMARUGA
Conseillère fédérale
Département fédéral de justice et police
Palais fédéral ouest
3003 Berne

Concerne : Consultation relative à la révision partielle de l'ordonnance sur la procréation médicalement assistée (OPMA)

Madame la Conseillère fédérale,

Le Conseil d'Etat de la République et canton de Genève a pris connaissance du projet de révision partielle de l'ordonnance sur la procréation médicalement assistée.

Nous saluons la volonté du Conseil fédéral de simplifier la procédure lorsqu'un enfant conçu au moyen d'un don de sperme souhaite connaître l'identité du donneur. Il nous semble cependant que la modification proposée de l'article 21 alinéa 2 OPMA n'offre pas de garanties suffisantes en matière de protection des données.

Il suffit en effet d'envoyer des copies de documents, en particulier d'une carte d'identité et l'identité de la mère. Cela signifie qu'il n'est plus possible de vérifier si la demande provient effectivement de l'enfant concerné ou d'un proche qui aurait accès à ces informations. L'on pourrait ainsi craindre que des demandes parviennent à l'office fédéral de l'Etat civil par des personnes qui ne sont en réalité pas habilitées à obtenir les renseignements.

Il ne nous semble pas disproportionné de demander à la personne concernée de se déplacer, comme c'est le cas actuellement, d'autant qu'à teneur du rapport explicatif il n'y a que peu de demandes par année.

S'agissant des autres modifications, elles ne posent pas de problème particulier et nous y souscrivons.

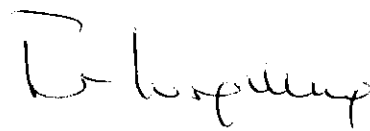
Nous vous remercions de nous avoir consultés et vous prions de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'expression de notre parfaite considération.

AU NOM DU CONSEIL D'ÉTAT

La chancelière :


Anja Wyden Guelpa

Le président :


François Longchamp

Glarus, 5. Juni 2018
Unsere Ref: 2018-53

Vernehmlassung i. S. Teilrevision der Fortpflanzungsmedizinverordnung: Vereinfachung des Vorgehens zur Mitteilung der Abstammungsdaten an das Kind

Hochgeachtete Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Sie gaben uns in eingangs genannter Angelegenheit die Möglichkeit zur Stellungnahme. Dafür danken wir und können mitteilen, dass in der Vorlage die massgeblichen Interessen der potentiell involvierten Personen sachgerecht gewürdigt und angemessen gegeneinander abgewogen sind. Die Informationsrechte der betroffenen Kinder erweisen sich als legitim. Die Vorlage wird entsprechend befürwortet.

Genehmigen Sie, hochgeachtete Frau Bundesrätin, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Freundliche Grüsse

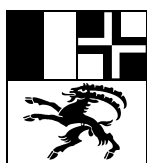
Für den Regierungsrat


Dr. Andrea Bettiga
Landammann


Hansjörg Dürst
Ratsschreiber

E-Mail an: eazw@bj.admin.ch

versandt am: **05. Juni 2018**



Sitzung vom

22. Mai 2018

Mitgeteilt den

22. Mai 2018

Protokoll Nr.

407

Per E-Mail (PDF- und Word-Format) an: eazw@bj.admin.ch

Vernehmlassung zur Teilrevision der Fortpflanzungsmedizinverordnung: Vereinfachung des Vorgehens zur Mitteilung der Abstammungsdaten an das Kind

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 2. März 2018 geben Sie uns Gelegenheit, zur Teilrevision der Fortpflanzungsmedizinverordnung Stellung zu nehmen. Dafür danken wir Ihnen bestens.

Wir begrüssen die Teilrevision der Fortpflanzungsmedizinverordnung, um den Zugang zu den Angaben der Samenspender zu erleichtern. Insbesondere unterstützen wir den Vorschlag, die bisher vorgeschriebene persönliche Vorsprache der Berechtigten beim Amt für Zivilstandswesen in Bern durch die Zustellung der Auskunft der Abstammungsdaten per Post zu ersetzen.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Dr. Mario Cavigelli

Der Kanzleidirektor:

Daniel Spadin

Hôtel du Gouvernement – 2, rue de l'Hôpital, 2800 Delémont

Hôtel du Gouvernement
2, rue de l'Hôpital
CH-2800 Delémont

t +41 32 420 51 11
f +41 32 420 72 01
chancellerie@jura.ch

Département fédéral de justice et police
Mme la Conseillère fédérale S. Sommaruga
3003 Berne
Par courriel :
eazw@bj.admin.ch

Delémont, le 5 juin 2018

Prise de position du Gouvernement de la République et Canton du Jura dans le cadre de la procédure de consultation sur la révision partielle de l'Ordonnance sur la procréation médicalement assistée : simplification de la procédure d'information de l'enfant.

Madame la Conseillère fédérale,
Madame, Monsieur,

Le Gouvernement jurassien remercie le Département fédéral de justice et police de lui donner la possibilité, par sa lettre du 2 mars 2018, de prendre position dans le cadre de la procédure de consultation sur la révision partielle de l'Ordonnance sur la procréation médicalement assistée : simplification de la procédure d'information de l'enfant.

La révision de l'Ordonnance porte sur la façon de communiquer les données aux enfants conçus par don de sperme. Selon l'Ordonnance en vigueur, la personne désirant obtenir des informations dépose sa demande à l'Office fédéral de l'état civil (OFEC). Ensuite, une fois les informations à disposition, le requérant est convoqué et doit se rendre à Berne afin de les recevoir en mains propres.

D'une manière générale, le Gouvernement soutient toute proposition visant à simplifier la procédure au niveau de la demande d'informations.

Par contre, concernant la communication des informations, le Gouvernement émet des réserves quant à la communication des données par voie postale. Dans le projet proposé, la Confédération renonce à convoquer le requérant à Berne. Les raisons évoquées dans le rapport explicatif sont le manque de ressources humaines et financières. Avec l'Ordonnance en vigueur, le requérant serait convoqué à Berne et recevrait les informations de la part d'une personne ayant une formation en psychologie sociale. Ce soutien semble nécessaire au vu des interrogations que le requérant peut

encore avoir. La construction de l'identité d'une personne est basée sur une multitude d'éléments. Des attentes et des craintes peuvent être encore présentes au moment de faire face à la découverte des informations concernant le donneur de sperme. Il est important d'évoquer les motivations qui mènent le requérant à vouloir découvrir cette partie de sa vie. Certes, un accompagnement et un soutien professionnel ne garantissent pas à 100% que toutes les questions puissent être réglées mais contribuent certainement positivement au parcours du requérant.

De plus, il est mentionné au rapport explicatif qu'aucune demande n'a été faite jusqu'à maintenant à la Confédération. Avec cette modification la Confédération renonce donc déjà à mettre en place un tel service sans se donner les moyens d'évaluer sa pertinence. En outre, l'exemple suédois (13 demandes en 30 ans) mentionné au rapport explicatif laisse présager que très peu de demandes arriveront à l'Office Fédéral ; on peut donc estimer que dans un premier temps la Confédération pourrait assumer son rôle de soutien et support des requérants au moyen d'une prestation en psychologie sociale.

Dans un deuxième temps, la Confédération pourrait établir des partenariats avec diverses institutions (publiques ou privées, exemple le CHUV ou des associations) dans diverses régions afin de proposer d'autres lieux en Suisse et faciliter ainsi l'accès à l'information.

En vous remerciant de l'avoir consulté sur cet objet, le Gouvernement jurassien vous présente, Madame la Conseillère fédérale, Madame, Monsieur, l'expression de sa haute considération.

AU NOM DU GOUVERNEMENT DE LA
RÉPUBLIQUE ET CANTON DU JURA



David Eray
Président



Gladys Winkler Docourt
Chancelière d'Etat



Gesundheits- und Sozialdepartement

Bahnhofstrasse 15
Postfach 3768
6002 Luzern
Telefon 041 228 60 84
gesundheit.soziales@lu.ch
www.lu.ch

Geht an:
Eidgenössisches Justiz- und Polizeide-
partement EJPD

eazw@bj.admin.ch

Luzern, 27. April 2018

Teilrevision der Fortpflanzungsmedizinverordnung: Vereinfachung des Vorgehens zur Mitteilung der Abstammungsdaten an das Kind

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 2. März 2018 gibt uns das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement Gelegenheit zur Stellungnahme in eingangs erwähnter Angelegenheit bis zum 15. Juni 2018.

Das Gesundheits- und Sozialdepartement sieht sich zu keinen Bemerkungen veranlasst. Abweichende politische Beurteilungen durch den Departementsvorsteher sind vorbehalten.

Freundliche Grüsse

Erwin Roos
Departementssekretär
041 228 60 83
erwin.roos@lu.ch



LE CONSEIL D'ÉTAT

DE LA RÉPUBLIQUE ET
CANTON DE NEUCHÂTEL

Envoi par courrier électronique
Département fédéral de la justice et police
Palais fédéral
3003 Berne

Révision partielle de l'ordonnance sur la procréation médicalement assistée : simplification de la procédure d'information de l'enfant

Madame la conseillère fédérale,

La procédure de consultation du 2 mars 2018 sur la révision partielle de l'ordonnance sur la procréation médicalement assistée nous est bien parvenue et a retenu notre meilleure attention.

Nous n'avons pas d'observation particulière à formuler. Nous saluons l'effort de simplification de la procédure d'information de l'enfant.

Nous vous prions de croire, Madame la conseillère fédérale, à l'expression de notre haute considération.

Neuchâtel, le 13 juin 2018

Au nom du Conseil d'État :

Le président,
L. KURTH

La chancelière,
S. DESPLAND



NE



CH-6371 Stans, Dorfplatz 2, Postfach STK

Eidgenössisches Justiz- und Polizei-
departement EJPD
Frau Bundesrätin Simonetta Sommaruga
Bundeshaus West
3003 Bern

Telefon 041 618 79 02
staatskanzlei@nw.ch
Stans, 5. Juni 2018

Teilrevision der Fortpflanzungsmedizinverordnung: Vereinfachung des Vorgehens zur Mitteilung der Abstammungsdaten an das Kind. Stellungnahme

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Mit Schreiben vom 2. März 2018 unterbreiteten Sie uns den Entwurf zur Teilrevision der Fortpflanzungsmedizinverordnung (Vereinfachung des Vorgehens zur Mitteilung der Abstammungsdaten an das Kind) mit der Bitte, bis zum 15. Juni 2018 eine Stellungnahme abzugeben.

Wir danken Ihnen für diese Möglichkeit und vernehmen uns wie folgt:

1 Allgemein

Ziel der Teilrevision der Fortpflanzungsmedizinverordnung (FMedV, SR 810.112.2) ist die Vereinfachung des Verfahrens um Bekanntgabe der Abstammungsdaten an Kinder, welche mittels Samenspende gezeugt wurden, um Kosten und Ressourcen zu sparen.

Hintergrund hierfür bildet der Umstand, dass nach dem Inkrafttreten der Erlasse zur Fortpflanzungsmedizin (FMedG und FMedV) am 1. Januar 2001 nun ab 01. Januar 2019 die ersten mittels Samenspende künstlich gezeugten Kinder die Volljährigkeit und damit das Recht auf Erteilung von Auskunft über die äussere Erscheinung und die Personalien des Spenders erlangen (vgl. Art. 27 Abs. 1 FMedG). Um Kosten und personelle Ressourcen zu sparen, will der Bundesrat vorsorglich das Verfahren vereinfachen und hierzu die persönliche Vorsprache der gesuchstellenden Person in den Amtsräumen des Eidgenössischen Amtes für das Zivilstandswesen EAZW in Bern und die damit verbundene sozialpsychologische Begleitung durch eine schriftliche Bekanntgabe ersetzen. Die Betreuung der auskunftersuchenden Person durch eine qualifizierte Fachperson mit sozialer und/oder psychologischer Qualifikation entfällt.

2 Ungeeignetes Sparvorhaben

Mit der Neugestaltung des Bekanntgabeverfahrens soll der Personalaufwand des Bundes zum Voraus begrenzt werden. Der tatsächliche Aufwand lässt sich derzeit noch nicht abschätzen. Das Bundesamt für Justiz (BJ) erläutert in seinem Bericht vom 2. März 2018 zur Vorlage, seit

der Einführung des Samenspender-Registers 2001 seien keine Auskunftsbegehren von Kindern eingegangen. Bei den vor 2001 aufgrund einer Samenspende geborenen Kindern, über welche Ärztinnen und Ärzte in sinngemässer Anwendung von Art. 27 FMedG Auskunft erteilen, handle es sich um "wenige Fälle" pro Jahr. Die vorliegende vorsorgliche Teilrevision ist bei dieser Ausgangslage nachvollziehbar. Inwiefern dadurch das Verfahren zur Datenbekanntgabe jedoch "bürgernäher" werden soll, erschliesst sich dem Leser nicht. Die Abschaffung der vorgeschriebenen fachkundigen Begleitung im Prozess der Bekanntgabe der höchstpersönlichen Abstammungsdaten ist grundsätzlich nicht im Sinne auskunftswilliger Personen.

Insgesamt erfolgt die Anpassung und damit Modernisierung des Bekanntgabeverfahrens zu Lasten von Personen, welche diesbezüglich auf Unterstützung angewiesen wären. Anerkannte der Bundesrat im Rahmen der Gesetzgebungsarbeiten in den späten 90er Jahren offensichtlich noch die grundsätzliche Notwendigkeit einer fachkundigen Begleitung, so vertritt er heute die gegenteilige Ansicht und will sich gemäss Art. 23 Abs. 5 E-FMedV mit dem Verweis von in der Sache unterstützungsbedürftigen Gesuchstellerinnen und Gesuchsteller an geeignete Beratungsstellen begnügen, welche bei Bedarf selbstständig anzugehen sind.

Im aktuellen gesellschaftlichen Kontext bildet das Teilrevisionsvorhaben die allgemein beobachtbare Entwicklung der Rationalisierung von Abläufen ab. Ob diese vorliegend angebracht ist und im Interesse betroffener Personen erfolgt, darf angezweifelt werden. Es wird letztlich Dienstleistungsqualität abgebaut. Der Verweis auf die Schaffung von Bürgernähe vermag die Qualität einer institutionalisierten fachkundigen Begleitung im persönlichen Bekanntgabeverfahren nicht aufzuwiegen.

3 Datenschutzrechtliche Überlegungen

Unseres Erachtens sind in Art. 23 Abs. 1 bis 3 FMedV allgemeine Grundsätze des Verwaltungsverfahrens beschrieben, die aufgrund ihres deklarativen Charakters nicht speziell erwähnt werden müssen. Zudem sind in Art. 27 Abs. 1 und 2 des Fortpflanzungsmedizingesetzes (FMedG) die Eintretensvoraussetzungen usw. detailliert genug festgehalten. **Art. 23 Abs. 1 - 3 FMedV der Vorlage ist deshalb unseres Erachtens komplett zu streichen.**

Allerdings ist der gesamte Ablauf der Information/Auskunft an das Kind (Art. 27 FMedG) ungenügend ersichtlich. Insbesondere ist nicht genau genug erkennbar, wie die Auskunftserteilung im Zusammenhang mit Art. 18 FMedG (Einwilligung und Information des Spenders), Art. 23 FMedG (Kindesverhältnis), Art. 41 FMedG (Auskunft) und Art. 22 FMedV (Benachrichtigung des Spenders) umgesetzt wird.

Die Informationen des Flussdiagramms über das genaue Vorgehen (im Anhang des erläuternden Berichtes zur Vorlage) sollten unseres Erachtens komprimiert in der Verordnung niedergeschrieben werden. So wäre der Ablauf der Information/Auskunft konkretisierend zu Art. 27 FMedG in der Verordnung verankert.

Wir empfehlen deshalb, Art. 23 FMedV aufgrund unserer Ausführungen wie folgt anzupassen:

1. Erfolgte die Samenspende vor dem Inkrafttreten des Gesetzes (1. Januar 2001), d.h. ohne Unterrichtung des Spenders nach Art. 18 Abs. 2 FMedG, ist das Kind nach Art. 41 Abs. 2 FMedG an die zuständige Ärztin oder den Arzt zu verweisen. Negativentscheide sind nach VwVG anfechtbar.
2. Sind die Voraussetzungen für die Auskunftserteilung nach Art. 27 Abs. 1 oder 2 FMedG erfüllt, wird der Spender vorgängig gemäss Art. 22 FMedG informiert und zur Stellungnahme betreffend persönlichem Kontakt aufgefordert.
3. Ist der Spender nicht gegen einen Kontakt, erfolgt die Auskunftserteilung nach Absatz 5.

4. Erfolgt vom Spender keine Antwort, kann er nicht ausfindig gemacht werden oder wünscht er ausdrücklich keinen Kontakt, ist das Kind schriftlich darüber zu informieren. Das Kind ist über die Persönlichkeitsrechte des Spenders und seiner Familie, auf das nicht bestehende Kindesverhältnis zum Spender sowie das Recht des Spenders auf Kontaktverweigerung aufzuklären. Es wird auf Beratungsangebote hingewiesen. Gleichzeitig wird erfragt, ob das Kind in diesem Wissen am Auskunftsgesuch festhält.
5. Hält das Kind am Auskunftsgesuch fest, erfolgt die schriftliche Auskunftserteilung mit Hinweis auf die Persönlichkeitsrechte des Spenders und seiner Familie sowie auf Beratungsangebote.

Das allgemeine Vorgehen sollte sich unseres Erachtens an den Gesetzestext (Art. 27 FMedG) anlehnen, diesen konkretisieren und beide „Parteien“ (Kind sowie Spender) erwähnen.

Das betroffene Kind muss bereits vor der Auskunft über die Personalien und allfällige weitere Daten des Spenders über das Wesen der Fortpflanzungsmedizin und über die Persönlichkeitsrechte des Spenders (und dessen Familie) aufgeklärt werden. Das gilt erst recht, wenn die Information nicht mehr in Anwesenheit einer sozialpsychologisch geschulten Person (wie aktuell noch in Art. 23 FMedV vorgeschrieben), sondern neu „nur“ schriftlich erfolgt.

Dem Gesuchsteller bzw. dem Kind sollte (soweit dies per Briefform möglich ist), psychologisch einführend, aber auch ehrlich klargemacht werden, dass der Samenspender juristisch nicht als Vater gilt, sondern dieser unentgeltlich (Art. 21 FMedG) den Kinderwunsch von Paaren (Art. 3 FMedG) bzw. den Eltern des Kindes möglich gemacht hat. Es muss dem Kind klar sein, dass mit den erhaltenen Personalien und Angaben über den Samenspender sorgsam umgegangen werden muss und auf den Spender keine „Vaterpflichten“ zukommen. Deshalb darf der Spender und seine Familie nicht gegen seinen Willen kontaktiert werden und darum wird der Spender auch vorgängig bezüglich des Kontakts befragt (vgl. Art. 27 Abs. 3 FMedG).

Seit der Revision des FMedG hat das Kind ein Recht zu wissen, von wem es genetisch abstammt. Es darf aber zu dieser Person keinen Kontakt aufnehmen, wenn diese das nicht möchte. Vor der Bekanntgabe der Daten nach Art. 27 Abs. 1 und 2 FMedG muss die Rechtslage dem Kind klar kommuniziert werden. Der Hinweis auf Beratungsangebote stammt aus dem Entwurf (Art. 23 Abs. 4 FMedV).

Ein Spender muss darauf vertrauen dürfen, dass seine Persönlichkeit sowie die Persönlichkeit seiner Familie durch die Behörde sowie das aufgeklärte Kind gewahrt wird, auch wenn die Personendaten (Personalien und weiteren Daten gemäss Art. 24 Abs. 2 FMedG) bekanntgegeben werden dürfen.

Wir danken für die Berücksichtigung unserer Überlegungen.

Freundliche Grüsse
NAMENS DES REGIERUNGSRATES



Yvonne von Deschwanden
Landammann



lic. iur. Hugo Murer
Landschreiber



Geht an:
- eazw@bj.admin.ch



CH-6061 Sarnen, Postfach 1561, SJD

Per E-Mail an:

Eidgenössisches
Justiz- und Polizeidepartement EJPD
Bundesamt für Justiz
3003 Bern

eazw@bj.admin.ch

Referenz/Aktenzeichen: OWSTK.3152
Unser Zeichen: fu

Sarnen, 6. Juni 2018

**Vernehmlassung zur Teilrevision der Fortpflanzungsmedizinverordnung: Vereinfachung des Vorgehens zur Mitteilung der Abstammungsdaten an das Kind
Stellungnahme**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin,
Sehr geehrte Damen und Herren

geschätzte Simonetta

Wir danken Ihnen für die Einladung zur Vernehmlassung zur Teilrevision der Fortpflanzungsmedizinverordnung (FMedV).

Wir begrüssen die vorgeschlagenen Änderungen, allerdings ist der gesamte Ablauf der Information/Auskunft an das Kind ungenügend ersichtlich. Insbesondere ist nicht genau erkennbar, wie die Auskunftserteilung im Zusammenhang mit Art. 18 FMedG (Einwilligung und Information des Spenders), Art. 23 FMedG (Kindesverhältnis), Art. 41 FMedG (Auskunft) und Art. 22 FMedV (Benachrichtigung des Spenders) umgesetzt wird.

Die Informationen des Flussdiagramms über das genaue Vorgehen (im Anhang des erläuternden Berichtes zur Vorlage) sollten unseres Erachtens komprimiert in der Verordnung niedergeschrieben werden. So wäre der Ablauf der Information/Auskunft konkretisierend zu Art. 27 FMedG in der Verordnung verankert.

Wir empfehlen deshalb, Art. 23 FMedV aufgrund unserer Ausführungen wie folgt anzupassen:

1 Erfolgte die Samenspende vor dem Inkrafttreten des Gesetzes (1. Januar 2001), d.h. ohne Unterrichtung des Spenders nach Art. 18 Abs. 2 FMedG, ist das Kind nach Art. 41 Abs. 2 FMedG an die zuständige Ärztin oder den Arzt zu verweisen. Negativentscheide sind nach VwVG anfechtbar.

2 Sind die Voraussetzungen für die Auskunftserteilung nach Art. 27 Abs. 1 oder 2 FMedG erfüllt, wird der Spender vorgängig gemäss Art. 22 FMedG informiert und zur Stellungnahme betreffend persönlichem Kontakt aufgefordert.

3 Ist der Spender nicht gegen einen Kontakt, erfolgt die Auskunftserteilung nach Absatz 5.

4 Erfolgt vom Spender keine Antwort, kann er nicht ausfindig gemacht werden oder wünscht er ausdrücklich keinen Kontakt, ist das Kind schriftlich darüber zu informieren. Das Kind ist über die Persönlichkeitsrechte des Spenders und seiner Familie, auf das nicht bestehende Kindesverhältnis zum Spender sowie das Recht des Spenders auf Kontaktverweigerung aufzuklären. Es wird auf Beratungsangebote hingewiesen. Gleichzeitig wird erfragt, ob das Kind in diesem Wissen am Auskunftsgesuch festhält.

5 Hält das Kind am Auskunftsgesuch fest, erfolgt die schriftliche Auskunftserteilung mit Hinweis auf die Persönlichkeitsrechte des Spenders und seiner Familie sowie auf Beratungsangebote.

Wichtig ist der Hinweis, dass das betroffene Kind bereits vor der Auskunft über die Personalien und allfällige weitere Daten des Spenders über das Wesen der Fortpflanzungsmedizin und über die Persönlichkeitsrechte des Spenders (und dessen Familie) aufgeklärt werden muss. Das gilt erst recht, wenn die Information nicht mehr in Anwesenheit einer sozialpsychologisch geschulten Person (wie aktuell noch in Art. 23 FMedV vorgeschrieben), sondern neu schriftlich erfolgt.

Ein Spender muss darauf vertrauen dürfen, dass seine Persönlichkeitsrechte sowie die seiner Familie durch die Behörde sowie das aufgeklärte Kind gewahrt werden, auch wenn die Personendaten (Personalien und weiteren Daten gem. Art. 24 Abs. 2 FMedG) bekanntgegeben werden dürfen.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse



Christoph Amstad
Regierungsrat

Kopie an:

- Kantonale Mitglieder der Bundesversammlung
- Datenschutzbeauftragter des Kantons Obwalden
- Sozialamt
- Staatskanzlei mit den Akten (OWSTK.3152)



Regierung des Kantons St.Gallen, Regierungsgebäude, 9001 St.Gallen

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement
Bundeshaus West
3003 Bern

Regierung des Kantons St.Gallen
Regierungsgebäude
9001 St.Gallen
T +41 58 229 32 60
F +41 58 229 38 96

St.Gallen, 17. Mai 2018

Teilrevision der Fortpflanzungsmedizinverordnung: Vereinfachung des Vorgehens zur Mitteilung der Abstammungsdaten an das Kind; Vernehmlassungsantwort

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Mit Schreiben vom 2. März 2018 laden Sie zur Vernehmlassung betreffend Teilrevision der eidgenössischen Fortpflanzungsmedizinverordnung (SR 810.112.2) ein. Wir danken für diese Gelegenheit und nehmen gern wie folgt Stellung:

Die angestrebte Vereinfachung des Vorgehens zur Mitteilung der Abstammungsdaten an die Personen, die aufgrund einer Samenspende geboren wurden, erachten wir als zeitgemäss, sinnvoll und zweckmässig. Da die Konfrontation mit den Spenderdaten als emotionale Herausforderung zu werten ist, die in gewissen Fällen den Beizug einer psychologisch geschulten Person erfordern dürfte, begrüssen wir es, dass das Eidgenössische Amt für das Zivilstandswesen in seinen entsprechenden Postmitteilungen jeweils den Hinweis auf private oder kantonale Organisationen anbringt, die eine Beratung anbieten.

Im Namen der Regierung


Fredy Fässler
Präsident


Canisius Braun
Staatssekretär



Zustellung auch per E-Mail (pdf- und Word-Version) an:
eazw@bj.admin.ch

Telefon +41 (0)52 632 71 11
Fax +41 (0)52 632 72 00
staatskanzlei@ktsh.ch

Regierungsrat

Eidgenössisches Justiz-
und Polizeidepartement

per E-Mail an:
eazw@bj.admin.ch
(in PDF- und Word-Version)

Schaffhausen, 10. April 2018

**Teilrevision der Fortpflanzungsmedizinverordnung: Vereinfachung des Vorgehens zur
Mitteilung der Abstammungsdaten an das Kind**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 2. März 2018 haben Sie uns eingeladen, zum Vorentwurf und zum erläuternden Bericht zur Revision der Fortpflanzungsmedizinverordnung Stellung zu nehmen. Wir bedanken uns für diese Möglichkeit, verzichten jedoch auf eine Vernehmlassung.

Für die Kenntnisnahme danken wir Ihnen.

Freundliche Grüsse

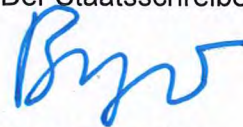
Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident:



Christian Amsler

Der Staatsschreiber:



Dr. Stefan Bilger



Ambassadorenhof/Riedholzplatz 3
4509 Solothurn
Telefon 032 627 93 61
Telefax 032 627 93 51
inneres@ddi.so.ch

Susanne Schaffner
Regierungsrätin

Bundesamt für Justiz BJ
Direktionsbereich Privatrecht
3003 Bern

29. März 2018

Teilrevision der Fortpflanzungsmedizinverordnung: Vereinfachung des Vorgehens zur Mitteilung der Abstammungsdaten an das Kind; Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme in oben angeführter Angelegenheit und lassen uns gerne wie folgt vernehmen:

Wir begrüssen die vorgeschlagenen Änderungen. Personen, welche ihr Zugangsrecht zu ihren Abstammungsdaten wahrnehmen möchten, wird künftig der Weg nach Bern erspart. Dadurch werden die betroffenen Personen aus allen Regionen gleichbehandelt. Die damit einhergehende Reduktion des Personalaufwandes ist ebenfalls zu befürworten.

Für die Möglichkeit, eine Stellungnahme abgeben zu dürfen, bedanken wir uns bestens.

Freundliche Grüsse



Susanne Schaffner
Regierungsrätin



6431 Schwyz, Postfach 1260

An das
Eidgenössische Justiz- und
Polizeidepartement EJPD

per E-Mail an:
eazw@bj.admin.ch
(PDF- und Word-Version)

Schwyz, 29. Mai 2018

Teilrevision der Fortpflanzungsmedizinverordnung: Vereinfachung des Vorgehens zur Mitteilung der Abstammungsdaten an das Kind
Verzicht auf Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 2. März 2018 unterbreitet die Vorsteherin des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements u.a. den Kantonsregierungen den Entwurf zur Teilrevision der Verordnung über die medizinisch unterstützte Fortpflanzung vom 4. Dezember 2000 (SR 810.112.2, FMedV) zur Vernehmlassung.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme. Der Regierungsrat des Kantons Schwyz verzichtet jedoch auf eine Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates:

Dr. Mathias E. Brun, Staatsschreiber



Staatskanzlei, Regierungsgebäude, 8510 Frauenfeld

Eidgenössisches
Justiz- und Polizeidepartement
Frau Simonetta Sommaruga
Bundesrätin
3003 Bern

Frauenfeld, 5. Juni 2018

452

Teilrevision der Fortpflanzungsmedizinverordnung (FMedV): Vereinfachung des Vorgehens zur Mitteilung der Abstammungsdaten an das Kind

Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Wir danken Ihnen für die uns mit Schreiben vom 2. März 2018 eröffnete Möglichkeit zur Vernehmlassung in obgenannter Sache.

Mit der vorgesehenen Verordnungsanpassung soll die persönliche Vorladung des Kindes eines Stammspenders durch eine postalische Mitteilung ersetzt werden. Damit entfielen die bisher mögliche Anwesenheit einer sozialpsychologischen Fachperson bei der Auskunftserteilung an das Kind.

Wir stehen dieser Änderung kritisch gegenüber, weil der Moment der Konfrontation mit den Spenderdaten für die Gesuchstellerin oder den Gesuchsteller eine emotionale Herausforderung darstellen kann. Vor diesem Hintergrund beantragen wir, die bisherige Regelung (persönliche Vorladung und Anwesenheit einer sozialpsychologisch geschulten Person) als alternative Wahlmöglichkeit des Kindes beizubehalten.

Mit den übrigen Anpassungen sind wir einverstanden.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung.

2/2

Mit freundlichen Grüßen

Die Präsidentin des Regierungsrates



Der Staatschreiber



2449

cl

0

30 maggio 2018

Repubblica e Cantone Ticino
Consiglio di Stato
Piazza Governo 6
Casella postale 2170
6501 Bellinzona
telefono +41 91 814 43 20
fax +41 91 814 44 35
e-mail can-sc@ti.ch

Repubblica e Cantone
Ticino

Il Consiglio di Stato

Signora
Simonetta Sommaruga
Consigliera federale
Ufficio federale dello stato civile
Bundesrain 20
3003 Berna

Anticipata per email: eazw@bj.admin.ch

Procedura di consultazione concernente la revisione parziale dell'ordinanza sulla medicina della procreazione: semplificazione della comunicazione dei dati genetici al figlio

Signora Consigliera federale,

abbiamo ricevuto la documentazione inerente la procedura di consultazione concernente la revisione parziale dell'ordinanza sulla medicina della procreazione e, ringraziando per l'opportunità che ci viene offerta, ci esprimiamo come segue.

Condividiamo l'obiettivo principale della revisione, che tende a semplificare la procedura per il trattamento delle domande d'informazione, così che il figlio interessato possa essere informato senza doversi presentare di persona all'Ufficio federale dello stato civile (UFSC) a Berna, con una corrispondente diminuzione di costi per le persone interessate.

L'abrogazione della necessità di ricorrere sistematicamente a una persona con una formazione sociopsicologica, va a nostro avviso sostituita con una dettagliata ed estesa informazione scritta sul rispetto dei diritti della personalità del donatore e ai diritti di protezione della sua famiglia. Questo obbligo di informazione dovrebbe a nostro avviso avere una valenza generale.

Per il rimanente non abbiamo osservazioni da formulare.

Voglia gradire, signora Consigliera federale, l'espressione della nostra stima.

PER IL CONSIGLIO DI STATO

Il Presidente:



Claudio Zali

Il Cancelliere:



Arnoldo Coduri

Copia per conoscenza a:

- Dipartimento delle istituzioni (di-dir@ti.ch);
- Segreteria generale del Dipartimento delle istituzioni (di-sg@ti.ch);
- Sezione della popolazione (di-sp.direzione@ti.ch);
- Deputazione ticinese alle Camere federali (can-relazioniesterne@ti.ch);
- Pubblicazione in Internet.



Le chef du
Département de la
santé et de l'action
sociale

Av. des Casernes 2
BAP
1014 Lausanne

Département fédéral de justice et police
(DFJP)
Madame Simonetta Sommaruga
Conseillère fédérale
Palais fédéral ouest
3003 Berne

Réf. : 655536 / KB / NG / GLM

Lausanne, le 12 juin 2018

**Révision partielle de l'ordonnance sur la procréation médicalement assistée :
simplification de la procédure d'information de l'enfant - Ouverture de la procédure de
consultation**

Madame la Conseillère fédérale,

Par lettre du 2 mars 2018, vous avez consulté les gouvernements cantonaux sur le projet de révision de l'OPMA mentionné en objet. Vous recevez par la présente et dans le délai imparti les déterminations du Canton de Vaud.

Bien que l'objectif de simplification administrative visée par la révision me paraisse légitime, j'ai cependant des réserves en raison de la sensibilité de la procédure dont il est question.

En effet, je suppose que pour un enfant issu d'un don de sperme, la recherche de l'identité du père biologique ainsi que l'obtention de son identité représente un événement majeur de son existence. Un simple envoi postal nous semble inadéquat en raison de l'abandon de la consultation psychosociale. Un entretien avec un professionnel nous paraît important puisqu'il permet à l'enfant de réfléchir à une éventuelle rencontre avec le donneur ou, le cas échéant, à gérer l'impossibilité d'une telle rencontre, si le donneur la refuse ou est introuvable.

Rappelons que la LPMA exige qu'une assistance psychologique soit offerte aux parents avant, pendant et après les traitements de PMA. Pourquoi cela devrait-il être différent avec les enfants issus d'un don de sperme qui, même s'ils ne suivent pas eux-mêmes un traitement de PMA, sont directement et en première ligne concernés par ce don?

Si toutefois la révision de l'OPMA devait entrer en vigueur, je recommanderais alors a minima de distinguer clairement les deux situations en présence, lors de l'information à l'enfant, à savoir, d'une part, l'impossibilité de l'OFEC d'entrer en contact avec le donneur car ce dernier est introuvable et, d'autre part, si celui-ci refuse de rencontrer l'enfant.

En vous remerciant de l'attention que vous porterez à ce qui précède, je vous prie de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'assurance de ma considération distinguée.

Le chef du département



Pierre-Yves Maillard

Copies

- Office cantonal des affaires extérieures, Rue de la Paix 6, 1014 Lausanne
- eazw@bj.admin.ch.

Madame
Simonetta Sommaruga
Conseillère fédérale
Cheffe du Département fédéral
de justice et police
Palais fédéral
3003 Berne

Références SN/nf
Date

23 MAI 2018

**Révision partielle de l'ordonnance sur la procréation médicalement assistée : simplification de la procédure d'information de l'enfant
Procédure de consultation**

Madame la Conseillère fédérale,

Le Conseil d'Etat valaisan vous remercie de l'avoir consulté concernant la modification visée sous rubrique.

Il constate que le projet tend à simplifier la procédure de communication des données d'ascendance d'un enfant né d'un don de sperme. Avec la modification envisagée, ces informations seront communiquées par courrier alors - qu'à l'heure actuelle - celles-ci doivent être transmises en mains propres au requérant, par l'Office fédéral de l'état civil. Il sera également renoncé à l'accompagnement de l'enfant par une personne avec une formation en psychologie sociale. Des offres en matière de conseil lui seront toutefois proposées en lieu et place.

Le Conseil d'Etat n'a pas de remarque particulière à formuler concernant ce projet. Celui-ci ne propose que des modifications mineures qui ne touchent pas directement les autorités cantonales en matière d'état civil. Elles concernent en effet avant tout l'Office fédéral de l'état civil, qu'elles visent à décharger. Un système d'information écrite (en lieu et place d'une convocation de l'enfant) correspond par ailleurs à ce qui se fait déjà dans le domaine de l'adoption (art. 268a CCS). Une pratique similaire s'agissant des enfants nés d'un don de sperme semble dès lors pleinement justifiée.


Nous vous prions de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'assurance de notre haute considération.

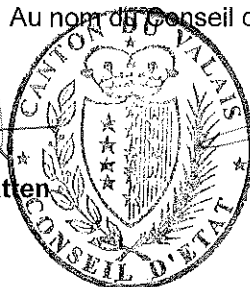
Au nom du Conseil d'Etat

La présidente


Esther Waeber-Kalbermaten

Le chancelier


Philipp Spörri



Copie à : eazw@bj.admin.ch.

Gesundheitsdirektion, Postfach, 6301 Zug

per E-Mail

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement EJPD
Bundeshaus West
3003 Bern

T direkt 041 728 35 01
martin.pfister.rr@zg.ch
Zug, 6. Juni 2018 MP
52922

Teilrevision der Fortpflanzungsmedizinverordnung (FMedV): Vernehmlassungsantwort

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 2. März 2018 haben Sie uns eingeladen, bis zum 15. Juni 2018 zur oben genannten Teilrevision Stellung zu nehmen. Für die Möglichkeit zur Stellungnahme bedanken wir uns und stellen folgenden

Antrag

Art. 23 Abs. 6 (neu): *Das Amt informiert das Kind schriftlich oder, auf Antrag des Kindes, persönlich in Anwesenheit einer sozialpsychologisch geschulten Person.*

Begründung

Wenn ein Kind ein Auskunftsgesuch stellt, ist davon auszugehen, dass es ernsthaft daran interessiert ist seinen biologischen Vater kennenzulernen. Das ist für die Identität einer Person von grosser Wichtigkeit. Wenn das Kind dann über den Postweg erfährt, dass der biologische Vater keinen Kontakt wünscht oder nicht gefunden wurde, kann das beim Kind eine psychische Krise auslösen. Das Angebot für eine persönliche Mitteilung unter Anwesenheit einer sozialpsychologisch geschulten Person soll deshalb beibehalten werden.

Für die Gelegenheit zur Stellungnahme bedanken wir uns.

Seite 2/2

Freundliche Grüsse
Gesundheitsdirektion



Martin Pfister
Regierungsrat

Kopie an:

- eazw@bj.admin.ch (PDF und Word-Dokument)
- Direktion des Innern (info.dis@zg.ch, PDF)
- info.staatskanzlei@zg.ch (für Publikation im Internet, Word-Dokument)
- Amt für Gesundheit (gesund@zg.ch, PDF)



Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
3003 Bern

30. Mai 2018 (RRB Nr. 496/2018)

**Teilrevision der Fortpflanzungsmedizinverordnung
(Vereinfachung der Mitteilung der Abstammungsdaten an das Kind;
Vernehmlassung)**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Mit Schreiben vom 2. März 2018 haben Sie uns eingeladen, zur Teilrevision der Fortpflanzungsmedizinverordnung betreffend Vereinfachung der Mitteilung der Abstammungsdaten an das Kind Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen für diese Gelegenheit und äussern uns wie folgt:

A. Allgemeine Bemerkung

Bei der vorgelegten Teilrevision der Fortpflanzungsmedizinverordnung betreffend Auskunftsverfahren bei der Vermittlung von Spenderdaten geht es nicht nur um die Vereinfachung des Verfahrens, sondern vor allem um Einsparungen auf Seiten des Bundes in personeller und finanzieller Hinsicht. Das Samenspender-Register wird seit 2001 geführt, und bisher hat es keine Auskunftsgesuche von Kindern gegeben. Wie viele Gesuche ab dem 1. Januar 2019 eingehen werden, kann nicht abgeschätzt werden. Laut dem erläuternden Bericht hat sich in Schweden, wo die Anonymität der Samenspende bereits 1984 aufgehoben wurde, gezeigt, dass von mehreren Hundert betroffenen Erwachsenen bis 2014 offenbar nur 13 Auskunftsgesuche gestellt worden sind. Somit ist davon auszugehen, dass sich die Anzahl der Auskunftsgesuche und der damit verbundene personelle und finanzielle Aufwand auch in der Schweiz in einem überschaubaren Rahmen bewegen dürften.

B. Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen

Zu Art. 21 Abs. 3:

Hier soll die Verpflichtung des EAZW, der gesuchstellenden Person, die nicht in der Lage ist, selbstständig zu handeln, eine Vertretung zu bestellen, aufgehoben werden. Diese neue Regelung ist sinnvoll und zu begrüssen.

Zu Art. 21 Abs. 2 und Art. 23:

Durch den Verzicht der persönlichen Abholung der Informationen beim EAZW und dem damit einhergehenden Wegfall der Anwesenheit und Begleitung durch sozialpsychologisch geschultes Personal sollen personelle und finanzielle Mittel eingespart werden. Auch wenn davon auszugehen ist, dass die grössten psychischen Belastungen und Probleme einer durch eine Samenspende gezeugten Person bereits zu einem früheren Zeitpunkt aufgetreten sind, ist der Zeitpunkt der Konfrontation mit den Spenderdaten doch als eine höchst emotionale Herausforderung zu werten. Deswegen und auch weil in der Schweiz bisher keinerlei Erfahrungen mit diesem Prozess bestehen, sollte das ursprünglich zu Recht geplante Vorgehen beibehalten und von der Variante Abstand genommen werden, lediglich auf Beratungsangebote hinzuweisen. In den Erläuterungen fehlen auch Hinweise, wo diese Beratungsangebote zu finden wären. Zuerst sind entsprechende Erfahrungen und Erkenntnisse zu sammeln und erst dann ist eine Revision dieser Bestimmung in Betracht zu ziehen. Damit verbunden wäre auch der Verzicht auf eine Änderung der Bestimmung über den Identitätsnachweis der Gesuchstellerin oder des Gesuchstellers (nArt. 21 Abs. 2 FMedV).

Genehmigen Sie, sehr geehrte Frau Bundesrätin,
die Versicherung unserer ausgezeichneten Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident:

Die Staatschreiberin:

Dr. Thomas Heiniger

Dr. Kathrin Arioli





Sozialdemokratische Partei der Schweiz / Parti Socialiste Suisse
Zentralsekretariat / Secrétariat central
Theaterplatz 4, 3011 Bern
Postfach / Case postale, 3001 Bern
Tel. 031 329 69 69 / www.spschweiz.ch / www.pssuisse.ch

Per Mail an: eazw@bj.admin.ch

Bern, 15. Juni 2018

Teilrevision der Fortpflanzungsmedizinverordnung: Vereinfachung des Vorgehens zur Mitteilung der Abstammungsdaten an das Kind: Stellungnahme SP Schweiz

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Sommaruga
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme, die wir gerne nutzen.

Haltung der SP Schweiz zur vorliegenden Verordnungsänderung

- Im Bundesgesetz über die medizinisch unterstützte Fortpflanzung und der entsprechenden Verordnung werden das Recht auf Zugang zu den Abstammungsdaten und zu den Ergebnissen der medizinischen Untersuchung des Spenders für Personen geregelt, die dank Samenspende geboren wurden. Der behandelnde Arzt oder die behandelnde Ärztin ist verpflichtet, die Spenderdaten zu dokumentieren und dem Eidgenössischen Amt für das Zivilstandswesen (EAZW) zu übermitteln. Nach geltendem Recht hat ein Kind nach Vollendung des 18. Lebensjahrs die Möglichkeit, vom EAZW Angaben über die Identität des Spenders und seine äussere Erscheinung zu erhalten. Will das Kind Angaben zu den Ergebnissen der medizinischen Untersuchung erhalten oder hat es das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet, so muss es ein schutzwürdiges Interesse geltend machen, um sein Recht ausüben zu können. **Die Revision hält an diesen Grundsätzen fest, was wir begrüssen.**
- Nach *geltendem* Recht lädt das EAZW die Gesuchstellerinnen und -steller nach Bern vor und händigt ihnen die Angaben persönlich aus. Die Auskunftserteilung soll nach Möglichkeit in Anwesenheit einer sozialpsychologisch geschulten Person erfolgen. Der Bundesrat möchte nun das Verfahren vereinfachen im Hinblick darauf, dass die ersten Personen, die dank Samenspende gezeugt wurden, demnächst die Volljährigkeit erreichen und damit ein Recht auf Kenntnis ihrer Abstammungsdaten haben. Zu dieser Vereinfachung gehört gemäss vorgeschlagener Verordnungsanpassung, dass auf eine persönliche Vorladung und damit verbunden auch auf eine sozialpsychologische Begleitung verzichtet werden soll. Begründet wird der Vorschlag insbesondere damit, dass der Personalaufwand beim Bund begrenzt und mit den bestehenden Ressourcen bewältigt werden soll.

- **Auch wenn uns bewusst ist, dass Aufbau und Betrieb des Samenspender-Registers, die Erfassung der Daten seit 2001 sowie sämtliche Zusatzaufgaben rund um die Herkunftssuche ohne zusätzliche Ressourcen bewältigt werden mussten, lehnen wir die vorgeschlagene Vereinfachung ab. Wir lehnen insbesondere die Anpassung in Artikel 23 Absatz 1 ab.** Der Bundesrat schlägt darin vor, dass die persönliche Mitteilung der Spenderdaten durch eine schriftliche Mitteilung ersetzt wird. Dadurch entfällt das Erfordernis, eine sozialpsychologisch geschulte Beratungsperson beizuziehen. Begründet wird diese Anpassung vor allem damit, dass Einsparungen erfolgen sollen. Sachliche Gründe werden keine genannt.
- **Wir sind der Meinung, dass es wichtig ist, dass nach Möglichkeit sozialpsychologisch geschultes Personal bei der Auskunftserteilung anwesend ist.** Fragen zur eigenen Abstammung sind sehr sensibel und können je nach Situation starke Emotionen auslösen, gerade bei jungen Menschen, die in ihrer Identitätsfindung vielleicht noch nicht gefestigt sind. **Wir sind deshalb der Meinung, dass es wichtig und gerechtfertigt ist, am bisherigen Verfahren festzuhalten.** Wir denken, dass es auch für die Betroffenen vertretbar ist, für diese Auskunftserteilung nach Bern zu reisen, zumal dies ja eine einmalige Angelegenheit sein dürfte.
- Auch wenn das EAZW selber nicht über sozialpsychologisch geschultes Personal verfügt, wird es sicher Möglichkeiten geben, entsprechende Fachleute hinzuzuziehen. Die Frage kann auch gestellt werden, ob diese Aufgabe nicht von anderen Stellen übernommen werden könnte (z.B. Kliniken, die mit der Fortpflanzungsmedizin verdient haben oder KESB). Es ist zu erwarten, dass angesichts der Zunahme medizinisch assistierter Fortpflanzungsangebote die Nachfrage nach Kenntnis der Herkunft zunehmen wird und auch angesichts dessen erachten wir es als wichtig, dass eine entsprechende sozialpsychologische Begleitung der Betroffenen gewährleistet wird.

Wir danken für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Mit freundlichen Grüßen
SP Schweiz



Christian Levrat
Präsident SP Schweiz



Chantal Gahlinger
Politische Fachsekretärin SP Schweiz

Confédération Suisse
Département fédéral de Justice et
Police
Mme Simonetta Sommaruga
Conseillère Fédérale

Genève le 29 mai 2018

Révision partielle de l'ordonnance sur la procréation médicalement assistée : simplification de la procédure d'information de l'enfant

Madame la Conseillère fédérale,

Nous répondons à la procédure de consultation ouverte le 2 mars 2018 concernant la révision partielle de l'ordonnance sur la procréation médicalement assistée.

Espace A est une association active depuis 20 ans, à Genève, dans l'accompagnement psychologique des familles adoptives, et depuis quelques années, dans celui des familles d'accueil ainsi que des personnes concernées par les différentes formes de procréation médicalement assistée (don de gamètes, grossesse pour autrui etc.)

Forts de notre expérience dans l'accompagnement à la recherche d'origine des personnes adoptées, nous nous opposons fermement à la simplification prévue par l'Office fédéral de la justice de l'Ordonnance sur la procréation médicalement assistée, concernant la communication des informations sur le donneur de sperme à l'enfant.

En effet, nous avons pu observer que les personnes qui sont à la recherche de leurs origines sont dans une grande fragilité, sociale, familiale ou psychologique, et qu'elles doivent bénéficier, si elles le souhaitent, d'un soutien psycho-social adapté de la part de professionnels formés à ces problématiques.

Il est indispensable que les personnes issues d'un don de sperme soient systématiquement accompagnées au moment de la communication de ces données et nous sommes inquiets du fait que le recours à un conseiller en psychologie sociale, prévu par le droit actuel, soit supprimé, surtout pour des raisons purement économiques. Notre conviction est qu'il vaut mieux travailler dans la prévention, pour

ESPACE A

éviter des traumatismes ultérieurs qui nécessiteraient un long suivi médical et psychologique par la suite.

Dans le cas de la divulgation des informations sur le donneur de sperme, il faut également que le professionnel chargé du soutien du jeune puisse le sensibiliser au respect de l'identité du donneur et aux risques liés aux contacts à travers les réseaux sociaux.

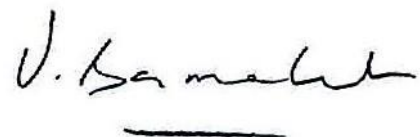
Selon l'exemple d'autres pays, il est probable que le nombre de demandes soit faible, et il nous semblerait judicieux que cet accompagnement leur soit offert. En effet, les jeunes en recherche d'origine sont souvent dans des conditions économiques difficiles.

Espace A fait partie depuis plusieurs années de la commission Fertiforum au sein de la Société suisse de médecine de la reproduction (SSMR) qui a pour objectif d'optimiser la pratique clinique et la recherche dans le domaine psychosocial de l'infertilité et la procréation médicalement assistée. Elle est composée de professionnels travaillant dans ce domaine. Les projets de ce groupe quant au soutien psycho-social de la demande d'informations sur le donneur de sperme nous semblent pouvoir apporter des pistes intéressantes. Fertiforum étant constitué de professionnels dans de nombreuses régions de la Suisse, cela permet un soutien à proximité et dans la langue du demandeur.

En ce qui concerne Espace A, nous sommes ouverts à la possibilité d'accompagner les jeunes à Genève. Les psychologues et psychothérapeutes de notre association ont une longue expérience de la recherche d'origine dans l'adoption et seraient à mêmes de soutenir ces jeunes issus du don de sperme, ainsi que leurs familles. Nos consultations coûtent en principe 120.- de l'heure, mais au vu de l'importance d'offrir à toutes les personnes concernées l'accès à des soins psychologiques, nous proposons déjà sur demande des consultations à bas coûts et mêmes gratuites.

Par conséquent, nous vous prions de tenir compte de nos préoccupations basées sur notre expérience, en maintenant le recours à un conseiller en psychologie sociale, et nous restons à votre disposition afin de réfléchir à des solutions plus respectueuses de la sensibilité humaine de ces jeunes.

En vous remerciant de l'attention que vous porterez à notre position, nous vous prions d'agréer, Madame la Conseillère fédérale, l'expression de notre considération distinguée.



Véronique Barrelet
Présidente du comité de l'association Espace A



SGRM / SSMR

*Schweizerische Gesellschaft für Reproduktionsmedizin
Société Suisse de Médecine de la Reproduction*

Administration SGRM | Postfach 754 | CH-3076 Worb



Frau
Bundsrätin
Simonetta Sommaruga
Bundeshaus West
CH-3003 Bern
eazw@bj.admin.ch

Worb, 06. Juni 2018

Teilrevision der Fortpflanzungsmedizinverordnung im Hinblick auf eine Vereinfachung des Auskunftsverfahrens für durch eine Samenspende gezeugte Kinder

Sehr geehrte Frau Bundesrätin,

oben genannter Reformvorschlag hat bei uns grosse Beachtung gefunden. Im Namen von FertiForum und der Schweizerischen Gesellschaft für Reproduktionsmedizin möchten wir Ihnen unsere Besorgnis darüber mitteilen, dass in diesem Verfahren ein systematischer Rückgriff auf ein persönliches Gespräch nicht mehr stattfinden soll. Die Suche nach ihrer genetischen Herkunft ist im Leben von Menschen, die durch eine Samenspende gezeugt wurden, ein sensibler, entscheidender Moment. Die aktuelle Verordnung berücksichtigt dies bei der Information des Kindes: „Wenn möglich erfolgt die Auskunftserteilung in Anwesenheit einer sozialpsychologisch geschulten Person.“ (Art. 23 FMedV, 4. Dez. 2000). Unserer Auffassung nach ist es keinesfalls sinnvoll, an dieser Stelle eine Vereinfachung zulasten einer persönlichen Betreuung vorzunehmen. Wir bedauern diesen Änderungsvorschlag nachdrücklich.

Präsident: F. Häberlin, St. Gallen - **Sekretär:** M. Bleichenbacher, Bern - **Kassier:** A.-M. Stalberg, Genf - **FertiForum:** A. Raggi, Olten - **FertiSave:** M. von Wolff, Bern - **FIVNAT:** E. Berger-Menz, Bern - **SWICE:** V. Cottin, Basel - **Politics & Society:** M. Häberle, Zürich - **Kontrazeption:** S. - Ch. Renteria, Lausanne - **Vorstand:** A. Feki, Freiburg - I. Streuli, Genf - N. Vulliémot, Lausanne

Administration SGRM

Frau M. Weder, Postfach 754, CH-3076 Worb
Tel. +41 (0)31-819-76-02 / Fax. +41(0)31-819-89-20
E-Mail: administration.sgrm@bluewin.ch
Web: www.sgrm.org



FertiForum ist eine Kommission der Schweizerischen Gesellschaft für Reproduktionsmedizin (SGRM oder SSMR auf Französisch, www.sgrm.org) bestehend aus Fachpersonen für die sozialpsychologische Betreuung von Menschen, die mit Unfruchtbarkeit und Fragen im Zusammenhang mit medizinisch unterstützter Fortpflanzung konfrontiert sind. Im September 2016 haben wir uns an Herrn Massa vom Eidgenössischen Amt für das Zivilstandswesen mit der Frage gewandt, welche Vorkehrungen für Auskunftsgesuche über die Identität von Samenspendern hinsichtlich des Zugangs zu sozialpsychologischer Betreuung getroffen werden, und haben unsere Zusammenarbeit angeboten.

In Erwartung der Auskunftsgesuche ab 2019 hat FertiForum

- 1) Protokolle für die sozialpsychologische Betreuung von durch eine Samenspende gezeugten Menschen, ihre Eltern und die Samenspender erarbeitet
- 2) Flyer in den drei Landessprachen erstellt, um allen von einer Samenspende Betroffenen die Möglichkeit zu geben, einschlägige Fachpersonen auf diesem Gebiet zu kontaktieren
- 3) die Website der SGRM / SSMR, www.sgrm.org, vervollständigt, auf der die Arbeit von FertiForum und die Personen vorgestellt werden, die diese Betreuung durchführen können

Die Suche nach der Identität des Samenspenders ist für den Antragsteller ein Schlüsselmoment in seinem Leben. Dies kann emotionale Folgen für ihn selbst, den Samenspender, zu dem Kontakt gewünscht wird, und auch für Angehörige haben. Das Auskunftsgesuch kann „einfach aus Neugier“ gestellt werden, aber auch mit einer Krise oder einer labilen Zeit verbunden sein. Die Verbalisierung gemeinsam mit einer Fachperson ermöglicht es, das Gesuch und die eventuelle Begegnung mit dem Samenspender zu antizipieren, zu reflektieren und vorzubereiten. Nun wird aber lediglich ein finanzielles Argument dafür vorgebracht, dass die persönliche Kommunikation durch schriftliche Korrespondenz ersetzt und der Rückgriff auf einen sozialpsychologischen Berater abgeschafft wird (Erläuternder Bericht 2018, Art. 23 Abs. 1). Diese Banalisierung ist bedauerlich, da sie in keiner Weise die psychologischen Auswirkungen des Auskunftsgesuches berücksichtigt. Auch weisen wir darauf hin, dass die Eltern jedes durch eine Samenspende gezeugten Kindes an einem vorherigen ausführlichen Informations- und Beratungsgespräch teilnehmen müssen (Art. 6 FMedV, Besse D, 2016). Dass die Auskunftserteilung „wenn möglich (...) in Anwesenheit einer sozialpsychologisch geschulten Person“ erfolgt, wird von den künftigen Eltern als beruhigend empfunden.

Die Sperm Bank of California, die erste weltweite Samenbank, die den Kindern die Identität des Samenspenders mitteilt, hat ihre zehnjährige Erfahrung mit Auskunftersuchen dokumentiert (Scheib JE, 2017). Etwa 60 % der durch eine Samenspende gezeugten Kinder bei heterosexuellen Paaren waren über ihre Zeugungsweise informiert, wobei 40 % dieser Personen Auskunft über die Identität des Samenspenders gewünscht hatten. Die Erwachsenen, die ein Auskunftsgesuch gestellt hatten, waren 17 bis 27 Jahre alt. Das Protokoll beinhaltete zwei ausführliche Gespräche, bei denen die Reaktionen und die Befragung des Antragstellers persönlich erfasst und Möglichkeiten für eine sozialpsychologische Betreuung

vorgelegt wurden. Die Schlussfolgerungen dieses Dokumentes bekräftigen, welche Bedeutung der sozialpsychologischen Betreuung zukommt.

Einige Gesetzgebungen (Grossbritannien, Niederlande, Neuseeland) empfehlen für das Verfahren der Antragstellung zur Identität des Samenspenders eine sozialpsychologische Betreuung, die Bereitstellung des Dienstes ist jedoch unterschiedlich. Grossbritannien und die Niederlande haben jeweils eine Zwischenstruktur mit verfügbaren Fachpersonen zur persönlichen oder telefonischen Beratung und psychologischen Betreuung entwickelt (Allan, S., 2016). Angesichts des geringen Alters der Interessenten ist ein erleichterter Zugang zu diesem Dienst wichtig. FertiForum bietet an, als sozialpsychologischer Referenzberater und -betreuer für von Samenspenden Betroffene tätig zu sein.

Im Ergebnis bedauern FertiForum und der Vorstand der Schweizerischen Gesellschaft für Reproduktionsmedizin das Konzept einer Vereinfachung des Verfahrens zur Erlangung einer Auskunft über die Identität von Samenspendern, womit nicht nur die psychologische Betreuung abgeschafft wird, sondern jede menschliche Interaktion. Es gibt keinerlei Rechtfertigung für diesen Wegfall von Unterstützung und persönlichem Kontakt in einer komplexen emotionalen Situation.

Wir schlagen vor, dass

- 1) das aktuelle Verfahren beibehalten wird, d. h. die Einladung des Kindes, zur Auskunftserteilung persönlich in Bern zu erscheinen, wenn möglich in Anwesenheit einer sozialpsychologisch geschulten Person (Art. 23 FMedV, 4. Dez. 2000)
- 2) das Eidgenössische Amt für das Zivilstandswesen vor der Einladung einen Brief versendet, der über die Verfahrensmodalitäten informiert und empfiehlt, sich an eine sozialpsychologisch geschulte Person zu wenden (Informations-Flyer anbei, www.sgrm.org unter FertiForum Kommission)

Neben dem einfachen administrativen Vorgang wird auf diese Weise der Bedeutung des Ereignisses und seiner existenziellen Tragweite Rechnung getragen.

Wir danken Ihnen im Voraus für Ihre Aufmerksamkeit und stehen Ihnen für weitere Fragen gerne zur Verfügung.



Dr. Anna Raggi, Präsidentin FertiForum



Dr. Felix Häberlin, Präsident SGRM

Arbeitsgruppe FertiForum: Martine Aeby-Renaud (GE), Danièle Besse (VD), Fabienne Coquillat (VD), Christa Dold (BE), Véronique Eckert (VS), Verena Ehrbar (BS), Marysa Emery (VD), Marie-Claude Frémaux (VD), Laure de Jonckheere (VD), Anna Raggi (SO), Marion Tièche (GE), Sibil Tschudin (BS)

Referenzen

Allan, S. (2016). *Donor conception and the search for information: from secrecy and anonymity to openness*. Taylor & Francis.

Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft (2001). Fortpflanzungsmedizingesetz FMedG. AS 2000 3055.

Besse, D., Emery, M., Wunder, D., & Wirthner, D. (2016). L'entretien psychologique systématique pour les couples optant pour l'IAD: huit ans d'expérience clinique dans une législation prévoyant la levée de l'anonymat du donneur. In *Procréation, médecine et don*. Coordonné par Pierre Jouannet, 2^{ème} éd., Médecine Sciences Publications.

Schweizerischer Bundesrat (2000). Fortpflanzungsmedizinverordnung (FMedV) vom 4. Dezember 2000. SR 810.112.2.

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement, Erläuternder Bericht (2018). Teilrevision der Fortpflanzungsmedizinverordnung: Vereinfachung des Vorgehens zur Mitteilung der Abstammungsdaten an das Kind. COO.2180.109.7.220474 / 231.1/2017/00001.

Scheib, J. E., Ruby, A., & Benward, J. (2017). Who requests their sperm donor's identity? The first ten years of information releases to adults with open-identity donors. *Fertility and sterility*, 107(2), 483-493



SGRM / SSMR

*Schweizerische Gesellschaft für Reproduktionsmedizin
Société Suisse de Médecine de la Reproduction*

Administration SGRM | Postfach 754 | CH-3076 Worb



Madame
Simonetta Sommaruga
Conseillère fédérale
Palais fédéral ouest
CH-3003 Berne
eazw@bj.admin.ch

Worb, 06 juin 2018

Concerne : révision partielle de l'ordonnance sur la procréation médicalement assistée en vue d'une simplification de la procédure d'information à l'enfant conçu par don de sperme

Madame la Conseillère fédérale,

La proposition de réforme susmentionnée a retenu toute notre attention. Au nom de FertiForum et de la Société Suisse de Médecine de la Reproduction, nous souhaitons vous faire part de notre inquiétude face au rejet du recours systématique à un entretien personnel lors de cette procédure. La recherche des origines génétiques est un moment sensible et charnière dans la vie des personnes conçues par don de sperme. L'ordonnance actuelle en tient compte puisque, lors de l'information à l'enfant : "Une personne ayant une formation en psychologie sociale est présente dans la mesure du possible." (Art. 23, OPMA 4 déc 2000). A notre avis, il n'y a aucun sens à effectuer une simplification à ce niveau, au détriment d'un accompagnement tenant compte de l'humain. Nous déplorons fortement cette proposition de changement.

Präsident: F. Häberlin, St. Gallen - **Sekretär:** M. Bleichenbacher, Bern - **Kassier:** A.-M. Stalberg, Genève - **FertiForum:** A. Raggi, Olten - **FertiSave:** M. von Wolff, Bern - **FIVNAT:** E. Berger-Menz, Bern - **SWICE:** V. Cottin, Basel - **Politics & Society:** M. Häberle, Zürich - **Kontrazeption:** S. - Ch. Renteria, Lausanne - **Vorstand:** A. Feki, Fribourg - I. Streuli, Genève - N. Vulliémöz, Lausanne

Administration SGRM

Frau M. Weder, Postfach 754, CH-3076 Worb
Tel. +41 (0)31-819-76-02 / Fax. +41(0)31-819-89-20
E-mail: administration.sgrm@bluewin.ch
Web: www.sgrm.org



FertiForum est une Commission de la Société Suisse de Médecine de la Reproduction (SSMR ou SGRM en allemand, www.sgrm.org), composée de professionnels qui travaillent dans le domaine de l'accompagnement psychosocial des personnes confrontées à l'infertilité et aux questions liées à la procréation médicalement assistée (PMA). Nous avons pris contact en septembre 2016 avec l'Office fédéral de l'état civil, M. Massa, pour savoir quels dispositifs seraient mis en place concernant l'accès à un accompagnement psychosocial pour les démarches de demande d'information sur l'identité du donneur et pour proposer notre collaboration.

En prévision des demandes d'information dès 2019, FertiForum a:

- 1) élaboré des protocoles d'accompagnement psychosocial pour les personnes conçues par don de sperme, leurs parents et les donneurs
- 2) créé des flyers dans les trois langues nationales pour informer toutes les personnes concernées par le don de la possibilité de contacter facilement des professionnels de référence dans le domaine
- 3) complété le site internet de la SSMR/SGRM : www.sgrm.org, qui présente le travail de FertiForum et les personnes pouvant pratiquer cet accompagnement.

La recherche de l'identité du donneur de sperme représente pour la personne demandeuse un moment clé de son existence. Cela pourrait induire des conséquences émotionnelles pour elle-même, pour le donneur à qui un contact serait demandé, et pour les personnes proches également. Cette demande peut être formulée comme une "simple curiosité" mais elle peut aussi être liée à un moment de crise et de fragilité. La verbalisation avec un professionnel permet d'anticiper, réfléchir et préparer la demande et l'éventuelle rencontre avec le donneur. Or, seul un argument financier est avancé pour justifier que la communication personnelle soit remplacée par une communication par courrier et pour écarter le recours à un conseiller en psychologie sociale (Rapport explicatif, 2018, Art. 23 Al. 1). Cette banalisation est regrettable, ne tenant aucunement compte de l'impact psychologique de la demande. Rappelons également que les parents de chaque enfant conçu par don ont participé à un entretien d'information et de conseil approfondi avant de bénéficier du don (Art. 6 LPMA, Besse D, 2016). Le fait que la transmission de l'identité du donneur à l'enfant se ferait "dans la mesure du possible en présence d'une personne avec une formation en psychologie sociale" est vécu comme rassurant pour les futurs parents.

La Sperm Bank of California, première banque de sperme mondiale à transmettre l'identité du donneur aux enfants, a documenté ses 10 ans d'expérience de demandes d'information (Scheib JE, 2017). Environ 60% des enfants conçus par don dans les couples hétérosexuels étaient au courant de leur mode de conception et 40% de ces personnes ont demandé l'identité du donneur. Les adultes présentant une demande avaient entre 17 et 27 ans. Le protocole incluait deux entretiens approfondis où les réactions et questionnements de la personne demandeuse étaient recueillis en personne et où les possibilités d'accompagnement psychosocial étaient présentées. Les conclusions de cet article renforcent l'importance de l'accompagnement psychosocial.

Certaines législations recommandent un accompagnement psychosocial lors de la procédure de demande de l'identité du donneur (Grande Bretagne, Pays-Bas, Nouvelle Zélande), mais la mise à disposition des services est variable. La Grande-Bretagne et les Pays-Bas ont développé chacun une structure intermédiaire de professionnels disponibles pour des conseils et du soutien psychologique par téléphone ou en personne (Allan S, 2016). Un accès facilité à ce service est important compte tenu de la jeunesse des intéressés. FertiForum propose de prendre le rôle de conseil et d'accompagnement psychosocial de référence pour les personnes concernées par le don de sperme.

En conclusion, les membres de FertiForum et le Comité de la Société suisse de médecine de la reproduction déplorent l'idée d'une simplification de la procédure d'obtention de l'identité des donneurs, qui écarte non seulement l'accompagnement psychologique, mais également toute interaction humaine. Il n'y a aucune justification à cet abandon de soutien et de contact personnel dans cette situation émotionnelle complexe.

Nous proposons :

- 1) le maintien de la procédure actuelle, à savoir la convocation de l'enfant à se rendre personnellement à Berne pour la transmission de l'information, dans la mesure du possible en présence d'une personne formée en psychologie sociale (Art. 23, OPMA du 4 décembre 2000)
- 2) préalablement à la convocation, l'envoi d'une lettre par l'Office fédéral de l'état civil qui informe sur les modalités de la procédure et recommande de prendre contact avec une personne formée en psychologie sociale (flyer d'information ci-joint, www.sgrm.org voir Commission FertiForum).

Au-delà de la démarche administrative simple, l'importance de l'acte et le respect de sa portée existentielle sont ainsi reconnus.

En vous remerciant d'avance pour votre attention à notre requête, nous restons à votre disposition pour tout renseignement complémentaire et vous prions d'agréer, Madame la Conseillère fédérale, l'expression de nos salutations distinguées.



Dr Anna Raggi, présidente de FertiForum



Dr Felix Häberlin, président de la SSMR

Le groupe de travail de FertiForum : Martine Aeby-Renaud (GE), Danièle Besse (VD), Fabienne Coquillat (VD), Christa Dold (BE), Véronique Eckert (VS), Verena Ehrbar (BS), Marysa Emery (VD), Marie-Claude Frémaux (VD), Laure de Jonckheere (VD), Anna Raggi (SO), Marion Tièche (GE), Sibil Tschudin (BS)

Références

- Allan, S. (2016). *Donor conception and the search for information: from secrecy and anonymity to openness*. Taylor & Francis.
- Assemblée fédérale de la Confédération suisse (2001). Loi fédérale sur la procréation médicalement assistée LPMA. RO 2000 3055.
- Besse, D., Emery, M., Wunder, D., & Wirthner, D. (2016). L'entretien psychologique systématique pour les couples optant pour l'IAD: huit ans d'expérience clinique dans une législation prévoyant la levée de l'anonymat du donneur. In *Procréation, médecine et don*. Coordonné par Pierre Jouannet, 2^{ème} éd., Médecine Sciences Publications.
- Conseil fédéral suisse (2000). Ordonnance sur la procréation médicalement assistée (OPMA), 4 décembre 2000. RS 810.112.2.
- Office fédéral de la justice et police, Rapport explicatif (2018). Révision partielle de l'ordonnance sur la procréation médicalement assistée: simplification de la procédure d'information à l'enfant COO.2180.109.7.220474/231.1/2017/00001.
- Scheib, J. E., Ruby, A., & Benward, J. (2017). Who requests their sperm donor's identity? The first ten years of information releases to adults with open-identity donors. *Fertility and sterility*, 107(2), 483-493

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD

Per E-Mail an:
eazw@bj.admin.ch

Bern, 15. Juni 2018

Vernehmlassungsverfahren zur Teilrevision der Fortpflanzungsmedizinverordnung: Vereinfachung des Vorgehens zur Mitteilung der Abstammungsdaten an das Kind

Stellungnahme der FMH

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Sommaruga
Sehr geehrte Damen und Herren

Die FMH dankt für den Einbezug ins Vernehmlassungsverfahren. Der Zentralvorstand der FMH nimmt zur geplanten Teilrevision der Fortpflanzungsmedizinverordnung (FMedV) wie folgt Stellung:

Wir lehnen die Vorlage aus den folgenden Gründen ab:

Eine Verordnungsrevision, welche primär aufgrund von Befürchtungen vorgenommen wird, ohne dass Erfahrungswerte in der Schweiz bestehen, erachten wir als problematisch. Das geltende Recht trägt der besonderen Situation, in der sich das Kind befindet, Rechnung und ermöglicht die sozialpsychologische Unterstützung sowie Intervention durch eine geschulte Person, sollte es zu Krisenreaktionen kommen.

Wir sind entsprechend der Meinung, dass zuerst Erfahrungswerte gesammelt werden sollten. Sollten nämlich ab 1. Januar 2019 nur wenige/sehr wenige Anfragen eingehen und diese ohne Probleme bearbeitet und ausgehändigt werden können, kann von einer Teilrevision abgesehen werden.

Sollten hingegen so viele Anfragen eingehen, dass das EAZW sie mit den bestehenden finanziellen und personellen Ressourcen nicht bewältigen könnte, so sollte in erster Linie eine Aufstockung der Ressourcen und nicht primär ein vereinfachtes Prozedere bei der Aushändigung der Abstammungsdaten in Erwägung gezogen werden. Die aktuelle Regelung ist denn auch aus einem Schutzgedanken für das anfragende Kind heraus entstanden. Wenn, wie der erläuternde Bericht auf S. 2 unter Ziff. 2 festhält, das EAZW nicht über sozialpsychologisch geschultes Personal verfügt, schlagen wir vor, die geltende FMedV dahingehend zu ergänzen, dass das EAZW im Vorladungsbrief dem Kind empfiehlt, mit einer Begleitperson zu kommen. Der Bundesrat hätte auch die Möglichkeit, die Behandlung von Auskunftsgesuchen einer eidgenössischen Fachkommission zu übertragen (Art. 27 Abs. 4 FMedG)¹.

¹ In der Botschaft zum FMedG vom 26. Juni 1996, BBl 1996 III 205 steht auf Seite 274: «Um eine psychologische Begleitung des Auskunft verlangenden Kindes - u. a, auch im Interesse des Spenders - sicherzustellen, kann der Bundesrat die Behandlung von Auskunftsgesuchen einer eidgenössischen Fachkommission übertragen (Art. 27 Abs. 4).»

Stellungnahme der FMH

Erst wenn über eine längere Zeit genügend Erfahrungswerte vorliegen und es sich gezeigt hat, dass die psychologischen Aspekte bei der Bekanntgabe der Abstammungsdaten keinerlei Probleme für die "Kinder" darstellten, kann unserer Meinung nach zu einem vereinfachten Prozedere übergegangen werden.

Zusammenfassend empfehlen wir deshalb zugunsten einer fundierten, sorgfältigen und zum Schutze des Kindes ausgestalteten Vorgehensweise, von der vorgesehenen Teilrevision der FMedV abzusehen.

Sollte der Bundesrat – entgegen unserem Vorschlag - an der geplanten Revision festhalten, sollte unseres Erachtens die Verordnung vorsehen, dass das Kind verlangen kann, dass der schriftliche Bericht entweder dem Kind persönlich oder einer bzw. einem von ihm bezeichneten behandelnden Ärztin bzw. Arzt seiner Wahl geschickt wird.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Mit freundlichen Grüssen

Freundliche Grüsse



Dr. med. Jürg Schlap
Präsident FMH



Anne-Geneviève Bütikofer
Generalsekretärin

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD
Bundesamt für Justiz
CH-3003 Bern

Per E-mail (eazw@bj.admin.ch)

Winterthur, 7. Mai 2018

**Teilrevision der Fortpflanzungsmedizinverordnung:
Vereinfachung des Vorgehens zur Mitteilung der Abstammungsdaten an das Kind
Vernehmlassungsantwort**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Sehr geehrte Damen und Herren

Gerne nehmen wir die Gelegenheit wahr, uns im Rahmen des obengenannten Vernehmlassungsverfahrens äussern zu können.

Kinderanwaltschaft Schweiz als unabhängiger, überkonfessioneller und parteipolitisch neutraler Verein bietet Kindern und Jugendlichen in allen sie betreffenden rechtlichen Verfahren unabhängige Hilfe und Unterstützung. Der Verein fördert und unterstützt auf Grundlage der UN-Kinderrechtskonvention und der Leitlinien des Ministerkomitees des Europarates für eine kindgerechte Justiz mit gezielten Massnahmen die Sensibilisierung und die Umsetzung einer kindgerechten Justiz in der Schweiz.

Kinderanwaltschaft Schweiz begrüsst grundsätzlich, dass Personen, welche aufgrund einer Samenspende gezeugt wurden, das Recht auf Kenntnis der Abstammungsdaten haben und dass die Auskunftserteilung möglichst einfach und bürgernah gestaltet werden soll.

Folgenden Punkten steht Kinderanwaltschaft Schweiz indes kritisch gegenüber:

1. Auskunftserteilung an gesuchstellende Personen, welche das 18. Altersjahr noch nicht erreicht haben

Die Revision der Fortpflanzungsmedizinverordnung hält offenbar am Grundsatz fest, dass ein Kind, welches das 18. Altersjahr noch nicht erreicht hat, ein schutzwürdiges Interesse nachweisen muss, um sein Recht auf Auskunft geltend machen zu können.

Kinderanwaltschaft Schweiz ist der Auffassung, dass Kinder vor und nach Vollendung des 18. Altersjahres grundsätzlich dieselben Rechte haben sollten, was die Auskunftserteilung über ihre Abstammung betrifft.

Diese Auffassung stützt sich einerseits auf die Leitlinien des Ministerkomitees des Europarates für eine kindgerechte Justiz, welche das *Recht aller Kinder, über ihre Rechte informiert zu werden sowie eine angemessene Möglichkeiten des Zugangs zur Justiz zu erhalten* als Grundprinzip festhalten.

Andrerseits geht die Entwicklungspsychologie davon aus, dass zum Erreichen einer persönlichen Stabilität im Erwachsenenalter verschiedene sogenannte Entwicklungsaufgaben durchlaufen werden müssen. Während es in der späten Kindheit unter anderem um die Entwicklung von Wissen, Moral und Wertorientierung geht, stehen in der Jugendphase die Herausbildung der intellektuellen und sozialen Kompetenz, die eigene Geschlechtsrolle, der Lebensstil sowie die Entwicklung eines Werte- und Normsystems im Vordergrund. In diesem Prozess der Herausbildung einer eigenen Identität ist es wichtig zu wissen, woher man stammt und wo die eigenen Wurzeln sind.

Es ist deshalb unseres Erachtens nicht nachvollziehbar, weshalb eine gesuchstellende Person unter 18 Jahren ein schutzwürdiges Interesse geltend machen muss, um zu erfahren, wer ihr Samenspender und somit ihr biologischer Vater ist. Im Übrigen ist nicht klar definiert, was unter „schutzwürdigem Interesse“ verstanden bzw. unter welchen Voraussetzungen ein solches angenommen wird.

Aus diesen Gründen schlägt Kinderanwaltschaft Schweiz vor, dass gesuchstellenden Personen bereits vor Erreichen des 18. Altersjahres bedingungslos – also ohne dass sie zusätzlich ein schutzwürdiges Interesse nachweisen müssen – Auskunft über die Identität ihres Samenspenders erteilt wird.

Damit ein Kind dieses Recht vor Vollendung des 18. Altersjahres überhaupt geltend machen kann, ist es zudem unabdingbar, dass – gestützt auf Ziffer 25 der Leitlinien des Ministerkomitees des Europarates für eine kindgerechte Justiz – ein einfacher Zugang zu einer Rechtsvertretung gewährleistet ist.

2. Bestellung einer Vertretung

Die Pflicht des Eidgenössischen Amtes für Zivilstandswesens (EAZW), der gesuchstellenden Person, die nicht in der Lage ist, ihre Sache selber zu führen, eine Vertretung zu bestellen, soll zur Vermeidung unnötiger Kosten ausdrücklich abgeschafft werden.

Dies stellt eine Verschlechterung für gesuchstellende Personen dar. Für Personen unter 18 Jahren ist gestützt auf obige Ausführungen sowieso eine Rechtsvertretung zu bestellen. Hat eine gesuchstellende Person das 18. Altersjahr erreicht, ist sie zwar von Gesetzes wegen mündig, was aber nicht zwingend bedeutet, dass sie deshalb auch in der Lage ist, in Rechtsangelegenheiten selbständig zu handeln. Im erläuterndem Bericht vom 2. März 2018 zur Vorlage wird denn auch erwähnt, dass es in Ausnahmefällen erforderlich sein kann, dass das EAZW in analoger Anwendung von Art. 41 des Bundesgesetzes über das Bundesgericht (BGG) eine Vertretung bezeichnet.

Kinderanwaltschaft Schweiz ist daher der Auffassung, dass die Bestellung einer Rechtsvertretung weiterhin explizit in Artikel 21 Abs. 3 FMed festgehalten werden bzw. mindestens auf die Möglichkeit der analogen Anwendung von Art. 41 BGG hingewiesen werden muss.

3. Sozialpsychologische Beratungsperson

Es stellt einerseits eine Vereinfachung dar, dass die Revision vorsieht, die gesuchstellende Person nicht mehr nach Bern zum EAZW vorzuladen, wo ihr bisher die Angaben über den Samenspender in einem schriftlichen Bericht persönlich übergeben wurden. Andererseits erübrigt sich dadurch auch der Beizug einer sozialpsychologisch geschulten Fachperson, welcher nach geltendem Recht – allerdings auch nur mit der Einschränkung „wenn möglich“ – zu erfolgen hatte.

Bei der Mitteilung der Angaben des Samenspenders handelt es sich um ein einschneidendes, emotionales Ereignis im Leben eines jungen Menschen, welches unter Umständen das Bedürfnis nach Unterstützung durch eine Fachperson generiert.

Die allgemeinen Elemente einer kindgerechten Justiz beinhalten Information und Beratung (Leitlinien des Ministerkomitees des Europarates für eine kindgerechte Justiz, IV A 1.). Dazu gehört unter anderem, dass Kinder über ihre Rechte informiert, aber auch, dass sie auf das Angebot an Dienstleistungen (gesundheitlicher, psychologischer oder sozialer Art) aufmerksam gemacht werden müssen.

Artikel 23 Abs. 5 der geplanten Revision der FMedV sieht zwar vor, dass das EAZW das Kind auf Beratungsangebote hinweist. Gemäss erläuterndem Bericht vom 2. März 2018 handelt es sich dabei jedoch um eine Kann-Vorschrift. Kinderanwaltschaft Schweiz ist der Meinung, dass das Hinweisen auf Beratungsangebote, gestützt auf obige Ausführungen, als Pflicht in der FMedV festgehalten werden sollte: Das EAZW muss einerseits über die vorhandenen Beratungsstellen Bescheid wissen und die gesuchstellende Person in geeigneter Weise darauf hinweisen.

Für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme danken wir Ihnen.

Freundliche Grüsse

Kinderanwaltschaft Schweiz



Irène Inderbitzin
Executive MBA HSG
Geschäftsführerin



Rachel Méndez
MLaw
Leiterin Behörden & Gerichte



medical women switzerland
ärztinnen schweiz
femmes médecins suisse
donne medico svizzera

Bundesamt für Justiz
Direktionsbereich Öffentliches Recht
Fachbereich Rechtsetzungsprojekte und -methodik
Bundesrain 20
3003 Bern

als PDF und Word per E-Mail an: eazw@bj.admin.ch

Sekretariat mws
Stampfenbachstrasse 52
8006 Zürich

Tel. 044 714 72 30
Fax 044 714 72 31

sekretariat@medicalwomen.ch
www.medicalwomen.ch

Zürich, 29. Mai 2018

Vernehmlassung zur Teilrevision der Fortpflanzungsmedizinverordnung: Vereinfachung des Vorgehens zur Mitteilung der Abstammungsdaten an das Kind

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Sommaruga

Sehr geehrte Frau Mégevand

Sehr geehrte Damen und Herren

Unsere Organisation, die mws medical women switzerland – ärztinnen schweiz, vertritt als einziger Verband die Interessen von Medizinstudentinnen, Ärztinnen in Weiterbildung und Ärztinnen aller Fachrichtungen, Positionen und Regionen. Wir setzen uns aktiv für die Gleichstellung, für bessere Rahmenbedingungen in der Erwerbstätigkeit aber auch für Fachfragen zur weiblichen Gesundheit ein. Unsere Mitglieder sind deshalb von dieser Vorlage direkt betroffen, weshalb wir uns erlauben, in diesem Vernehmlassungsverfahren Stellung zu nehmen.

Die Vernehmlassungsfrist läuft am 15. Juni 2018 ab. Die Eingabe erfolgt entsprechend rechtzeitig.

Wir lehnen die Vorlage und entsprechend die Teilrevision der Fortpflanzungsmedizinverordnung ab, da wir eine Verordnungsrevision, die allein auf der Grundlage von Befürchtungen vorgenommen wird, ohne Vorliegen von Erfahrungswerten in der Schweiz, als fragwürdig erachten. Das geltende Recht trägt der besonderen Situation, in der sich das „Kind“ befindet Rechnung und ermöglicht die sozialpsychologische Unterstützung sowie Intervention durch eine geschulte Person, sollte es zu Krisenreaktionen kommen.

Wir sind entsprechend der Meinung, dass zuerst Erfahrungswerte gesammelt werden sollten, denn sollte es sich zeigen, dass nur wenige/sehr wenige Anfragen eingehen und diese ohne Probleme bearbeitet und ausgehändigt werden können, von einer Teilrevision abgesehen werden kann. Sollte es sich dagegen zeigen, dass so viele Anfragen eingehen, dass das Amt sie mit den bestehenden finanziellen und personellen Ressourcen nicht bewältigen kann, so sollte in erster Linie über eine Aufstockung der Ressourcen nachgedacht werden

und nicht primär über ein vereinfachtes Prozedere bei der Aushändigung der Abstammungsdaten. Denn die aktuelle Regelung ist aus einem Schutzgedanken für das anfragende "Kind" heraus entstanden. Erst wenn sich über eine längere Zeit genügend eigene Erfahrungen sammeln liessen und es sich dabei gezeigt hat, dass die psychologischen Aspekte bei der Bekanntgabe der Abstammungsdaten keinerlei Probleme für die "Kinder" darstellten, kann zu einem vereinfachten Prozedere übergegangen werden mit der Teilrevision der Fortpflanzungsmedizinverordnung.

Zusammenfassend lehnen wir die vorgeschlagenen Verordnungsänderungen ab. Wir empfehlen deshalb zugunsten einer fundierten, sorgfältigen und zum Schutze des „Kindes“ ausgestalteten Vorgehensweise von einer Teilrevision abzusehen.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Mit freundlichen Grüssen

gez.

Dr. med. Adelheid Schneider-Gilg
Präsidentin

gez.

RA lic. iur. Judith Naef
Geschäftsführerin und Verbandsjuristin



Nationale Ethikkommission im Bereich der Humanmedizin
Commission nationale d'éthique pour la médecine humaine
Commissione nazionale d'etica per la medicina
Swiss National Advisory Commission on Biomedical Ethics

Madame
Simonetta Sommaruga
Conseillère fédérale
Cheffe du Département fédéral
de justice et police (DFJP)

Berne, le 1^{er} juin 2018

Révision partielle de l'ordonnance sur la procréation médicalement assistée : simplification de la procédure d'information de l'enfant

Madame la Conseillère fédérale,

Récemment la Commission nationale d'éthique dans le domaine de la médecine humaine (CNE) a pris connaissance de l'ouverture de la procédure de consultation en objet.

L'information lui est parvenue indirectement par le biais de l'un de ses membres.

La CNE s'étonne et regrette de n'avoir pas été intégrée dans la liste des destinataires.

En effet, conformément à l'art. 28, al. 2 de la Loi sur la procréation médicalement assistée (LPMA), la CNE : « suit l'évolution dans les domaines des techniques de procréation et du génie génétique en médecine humaine et donne des avis consultatifs d'ordre éthique sur les questions sociales, scientifiques et juridiques qui en résultent. »

La CNE perçoit donc une légitimité à pouvoir s'exprimer sur la révision partielle de l'ordonnance sur la procréation médicalement assistée et elle soumet à votre attention les considérations suivantes.

Selon le droit en vigueur, l'Office fédéral de l'état civil (OFEC) doit inviter l'enfant souhaitant obtenir les données sur l'identité du donneur de sperme et son aspect physique à se rendre personnellement en ses bureaux à Berne où les données requises lui seront remises sous forme d'un rapport et, si possible, en présence d'une personne ayant une formation en psychologie sociale (art. 23, al. 1 OPMA).

En raison du fait que les premières personnes issues de don de sperme sont presque majeures et peuvent faire valoir un droit absolu à l'obtention des données d'identité du donneur, le rapport

explicatif concernant la révision partielle de l'ordonnance sur la procréation médicalement assistée avance deux arguments pour justifier le projet de révision : premièrement, simplifier la procédure de communication des données d'ascendance (et être ainsi plus au service des citoyens) ; deuxièmement, limiter la charge en personnel pour la Confédération.

Au sujet du premier argument, la CNE considère que cette simplification ne rend pas service à ces citoyens qui, à travers la demande de connaître l'identité du donneur, vivent un moment particulièrement sensible de leur existence. Le *Message relatif à l'initiative populaire « pour la protection de l'être humain contre les techniques de reproduction artificielle (Initiative pour une procréation respectant la dignité humaine, PPD) »* et la *loi fédérale sur la procréation médicalement assistée (LPMA)* du 26 juin 1996 avait jadis reconnu « l'importance que revêt la connaissance des données relatives à l'ascendance pour le développement de la personnalité » (Message, p. 268 ; RS 96.058). Les données ainsi transmises peuvent avoir un impact (positif ou négatif) considérable sur la perception de soi et sur l'élaboration de l'identité personnelle du demandeur, c'est la raison pour laquelle la présence d'un conseiller en psychologie sociale était prévue.

Au sujet du deuxième argument, la CNE considère que les mesures d'économie envisagées ne se justifient pas, d'une part, au regard des éléments mentionnés au paragraphe précédent, et, d'autre part, au regard du nombre vraisemblablement faible de demandes d'information à prévoir. En effet, l'Office fédéral de l'état civil n'a reçu à ce jour aucune demande de la part d'enfants qui y sont enregistrés et, en se basant sur le cas de la Suède, ces demandes devraient être de l'ordre de quelques cas par année tout au plus (Rapport explicatif, p. 2).

De manière générale, il est regrettable d'envisager des mesures de simplification et d'économie exactement au moment où des citoyens pourraient finalement faire valoir leur droit d'accès aux données d'ascendance dans de bonnes conditions. La CNE fait remarquer qu'il faudrait d'abord attendre d'avoir un minimum de recul en la matière et que des mesures alternatives pouvant assurer le service d'un conseil psychologique devraient être étudiées.

En vous remerciant de l'attention que vous voudrez porter à ces considérations, et en restant à votre complète disposition, veuillez agréer, Madame la Conseillère fédérale, l'expression de mes sentiments les meilleurs



Prof. Dr. iur. Andrea Büchler
Présidente de la CNE

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement EJPD
Kommission für soziale Sicherheit
und Gesundheit
3003 Bern

Per E-Mail an: eazw@bj.admin.ch

Zürich, 14. Juni 2018

**Vernehmlassungsverfahren
Teilrevision der Fortpflanzungsmedizinverordnung: Vereinfachung des
Vorgehens zur Mitteilung der Abstammungsdaten an das Kind**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Sommaruga

Besten Dank für die Möglichkeit, uns als Fachstelle am oben erwähnten Vernehmlassungsverfahren beteiligen zu dürfen. ***PACH Pflege- und Adoptivkinder Schweiz engagiert sich bereits seit vielen Jahren in der Herkunftssuche von adoptierten Personen und ihren Familien und erachtet dabei fachliche psychosoziale Beratung und Begleitung als äusserst wichtig.***

PACH hat durchaus Verständnis für das Bedürfnis einer Vereinfachung des Verfahrens betreffend Mitteilung der Abstammungsdaten seitens des EAZW, insbesondere weil die ersten Personen, die aufgrund einer Samenspende gezeugt wurden und deren Abstammungsdaten im Samenspender-Register des EAZW eingetragen sind, demnächst volljährig werden und damit die ersten Auskunftsgesuche zu erwarten sind. ***Die vorliegende Revision berücksichtigt allerdings die Bedürfnisse der Betroffenen ungenügend, so dass PACH aufgrund langjähriger Erfahrung in der fachlichen Beratung und Begleitung von Personen auf der Suche nach ihrer Herkunft diesen Entwurf aus der nachfolgenden Begründung nicht unterstützen kann und deshalb folgende Änderungen vorschlägt.***

Es ist zu beachten, dass mit der Einführung des Bundesgesetzes über die medizinisch unterstützte Fortpflanzung (Fortpflanzungsmedizinengesetz, FMedG) und die Fortpflanzungsmedizinverordnung (FMedV) eine gute Grundlage geschaffen wurde, um das Recht auf Zugang zu den Abstammungsdaten und den Ergebnissen der medizinischen Untersuchung des Spenders für Personen, welche dank einer Samenspende geboren worden sind, auf sorgfältige Weise zu gewährleisten. Dieses Recht ergibt sich auch aus der UN-Kinderrechtskonvention, welche das Recht jeden Kindes, seine Eltern zu kennen, statuiert (Art.

Geborgen aufwachsen.

7 Abs. 1 KRK). Für die Mitteilung der Abstammungsdaten an das Kind ist sodann aktuell in der Fortpflanzungsmedizinverordnung explizit vorgesehen, dass das Kind vom EAZW persönlich vorgeladen werden muss, und diesem dann die Abstammungsdaten vor Ort in einem schriftlichen Bericht persönlich ausgehändigt werden. Die Auskunftserteilung hat nach Möglichkeit in Anwesenheit einer sozialpsychologisch geschulten Person zu erfolgen. Der Gesetzgeber war sich also bewusst, dass diese Auskunftserteilung heikle Fragen mit sich bringt und einen wichtigen Schritt in der Biografiearbeit von jungen erwachsenen Samenspenderkindern darstellt. Im damaligen Gesetzgebungsverfahren wurde folglich richtig erkannt, dass es sich bei den betroffenen (erwachsenen) Kindern um eine besonders vulnerable Gruppe handelt, deren individuellen Bedürfnissen Rechnung getragen werden muss. Dies deckt sich auch mit der Erfahrung von *PACH Pflege- und Adoptivkinder Schweiz bei der Herkunftssuche von Adoptierten und ihren Familien, denn auch diese Suche bringt vielfältige soziale, psychologische, administrative und auch rechtliche Fragen mit sich. Deshalb ist es wichtig, dass sich bei Bedarf alle Beteiligten durch Fachpersonen begleiten und unterstützen lassen können. Dies gilt selbstverständlich auch für Personen, die mittels einer Samenspende geboren worden sind.*

Es ist nicht ersichtlich, weshalb diese Ausgangslage heute anders sein sollte, zumal diese Bestimmungen noch gar nicht erprobt wurden, da die betroffenen Personen, deren Abstammungsdaten im Samenspender-Register des EAZW eingetragen sind, erst im Jahr 2019 volljährig werden, und offenbar bisher noch kein entsprechendes Gesuch beim EAZW eingegangen ist (z. B. von minderjährigen Personen mit Nachweis eines schutzwürdigen Interesses). Auch heute ist die Herkunftssuche von Samenspenderkindern mitunter eine schwierige und heikle Angelegenheit, so dass auf Wunsch persönliche Beratung und Begleitung ermöglicht werden muss. Zudem ist zu berücksichtigen, dass die Samenspenderkinder vom FMedG und FMedV direkt betroffen sind und somit einen respektvollen Umgang rund um die Fragen ihres Spenders verdienen. Das FMedG verweist in Art. 3 ausdrücklich auf das Kindeswohl, zudem haben auch die Eltern Anspruch auf Information und Beratung (Art. 6 FMedG), so dass nicht nachvollziehbar ist, dass die Samenspenderkinder selbst als «Ergebnis» des ganzen Prozesses mit diesen Informationen alleine gelassen werden sollen.

Der Umstand, dass das EAZW nicht über sozialpsychologisch geschultes Personal verfügt, darf dabei nicht als entscheidendes Kriterium gelten. Es genügt nicht – wie im Entwurf vorgesehen –, dass das Kind auf Beratungsangebote hingewiesen wird, sollten private oder kantonale Organisationen Beratung für Personen anbieten, die aus einer Samenspende entstanden sind. ***Das (erwachsene) Kind muss vielmehr die Möglichkeit haben, sich auf Wunsch im ganzen Prozess seiner Herkunftssuche beraten und begleiten zu lassen.*** Die direkte Mitteilung der Abstammungsdaten auf dem Postweg mit einem möglichen Verweis auf allfällige Beratungsangebote genügt nicht, um den Bedürfnissen der Betroffenen und möglichen Risiken, die eine Herkunftssuche mit sich bringt, gerecht zu werden. Der Bund hat eine entsprechende Verantwortung gegenüber diesen Kindern wahrzunehmen. ***Es ist besonders wichtig, hier in die Prävention zu investieren und ein Beratungs- und Begleitangebot zu gewährleisten, anstatt die Betroffenen einem Risiko einer möglichen Traumatisierung***

Geborgen aufwachsen.

auszusetzen, welche dann in der Folge unter Umständen jahrelanger Unterstützung bedarf. Insbesondere ist auch an die Situation zu denken, falls ein Samenspenderkind den Kontakt zu seinem Samenspender wünscht, dieser aber eine Kontaktaufnahme verweigert. Gerade in diesem Fall benötigt die/der Betroffene fachliche Unterstützung bei der Verarbeitung dieser Ablehnung, so dass diese Mitteilung keinesfalls auf dem Postweg erfolgen darf. Die Mitteilung der Abstammungsdaten und die Mitteilung, ob ein Kontakt erwünscht ist oder nicht, muss auf behutsame Weise erfolgen, dies ist auf dem Postweg schlichtweg nicht möglich. Es darf nicht sein, dass das geltende Recht zuungunsten der betroffenen Kinder abgeändert wird.

Wichtig erscheint PACH, dass die Betroffenen individuell wählen können, ob sie sich im Prozess begleiten und/oder beraten lassen möchten. Dies bedeutet, dass den Betroffenen nach Eingang ihres Auskunftsgeuchs und vor der Auskunftserteilung vom EAZW die verschiedenen Möglichkeiten aufgezeigt und erläutert werden müssen.

PACH fordert fogleich, dass an den geltenden Bestimmungen festgehalten wird. Es soll weiterhin eine Vorladung zum EAZW erfolgen und ein persönliches Gespräch für die Aushändigung der Abstammungsdaten stattfinden. Die Auskunftserteilung hat nach Möglichkeit in Anwesenheit einer sozialpsychologisch geschulten Fachperson zu erfolgen.

Nach Eingang des Auskunftsgeuchs muss das EAZW vor dem Versand der Vorladung das auskunftersuchende Samenspenderkind vorgängig schriftlich über die Verfahrensmodalitäten informieren und die Kontaktaufnahme mit einer Fachperson für psychosoziale Begleitung empfehlen. Die betroffene Person hat in der Folge auch die Möglichkeit, sich durch diese Fachperson gegenüber dem EAZW vertreten zu lassen, so dass die Abstammungsdaten vom EAZW in diesem Fall auf dem Postweg an die Fachstelle übermittelt werden können. Die speziell geschulten Fachpersonen können die Informationen und vor allem dann auch die Mitteilung, ob der Spender Kontakt wünscht oder nicht, auf behutsame Weise an das betroffene Samenspenderkind vermitteln; auch die Fragen betreffend des Schutzes der Persönlichkeitsrechte des Samenspenders können auf diese Weise erläutert werden. Das wichtigste bei diesem Vorgehen ist, dass das betroffene erwachsene Kind nicht mit diesen Informationen allein gelassen wird und ein Gegenüber bzw. eine Fachperson zur Seite hat.

Falls das EAZW keine Stelle für eine sozialpsychologisch geschulte Fachperson schaffen kann bzw. will, könnte das EAZW einen Pool von sozialpsychologischen Fachpersonen bilden, welche bei Bedarf hinzugezogen werden können, oder die Aufgabe an eine Fachstelle delegieren, die über das notwendige Wissen und die notwendige Erfahrung verfügt.

Eine psychosoziale Begleitung bietet zudem weitere Vorteile: Falls der Spender die direkte Kontaktaufnahme verweigert, können mit der Fachperson andere Wege und Kontaktmöglichkeiten thematisiert werden. Es besteht z. B. die Möglichkeit, dass das erwachsene Kind dem Samenspender über die Fachstelle einen anonymen Brief zukommen

Geborgen aufwachsen.

lassen kann, und dass der Samenspender ohne Angabe von Adresse eine Antwort verfassen kann. Ein solcher Briefkontakt kann sich in der Folge beliebig entwickeln: es bleibt bei einem einzigen Brief, es gibt einen regelmässigen Briefkontakt und/oder es kommt schliesslich sogar doch zu einem persönlichen Treffen zwischen Spenderkind und Spender. Auch ein Treffen kann auf Wunsch fachlich begleitet werden. Dieses Beispiel soll aufzeigen, dass es nicht nur zwei Varianten (Kontakt ja oder nein) geben muss, sondern, dass es Alternativen dazwischen gibt. Dafür braucht es aber fachlich kompetente Beratung und Begleitung. ***PACH Pflege- und Adoptivkinder Schweiz verfügt im Bereich Adoption über langjährige Erfahrung mit dieser Form von Begleitung und ist überzeugt, dass dies auch für Samenspenderkinder und ihre Familien bzw. den Samenspender eine gute Möglichkeit darstellt.***

PACH ist offen für die Möglichkeit, betroffene Samenspenderkinder bei der Suche nach ihrer Herkunft zu beraten und zu begleiten. Unsere Fachpersonen haben langjährige Erfahrung in der Beratung und Begleitung von Adoptierten und ihren Angehörigen und sind deshalb in der Lage, auch Samenspenderkinder und ihre Familien bzw. auch den Samenspender selbst in diesem Prozess zu unterstützen. Natürlich ist ein derartiges Angebot mit Kosten verbunden, welche von den Betroffenen selbst getragen werden müssen. Es ist anzunehmen, dass die jungen erwachsenen Betroffenen bei ihrer Volljährigkeit noch stark mit den Eltern verbunden sind und durch diese emotionale und finanzielle Unterstützung bei ihrer Identitätssuche erfahren. Sollte jemand jedoch nicht über die notwendigen finanziellen Mittel verfügen, dann wäre eine Finanzierung von staatlicher Seite sehr begrüssenswert. Ansonsten müssen Möglichkeiten für ein Gesuch um Kostenreduktion oder Kostenerlass geprüft werden.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anmerkungen und Änderungsvorschläge. Gerne stehen wir Ihnen zur Verfügung, um gemeinsam eine Lösung zu erarbeiten, welche den Bedürfnissen der Samenspenderkinder gerecht werden kann.

Freundliche Grüsse



Barbara Gysi
Präsidentin PACH



Karin Meierhofer
Geschäftsleiterin PACH



Seraina Berner Boadi-Attafuah
Juristische Mitarbeiterin PACH

Walter Sibyll BJ

Von: Panzeri Anna <Anna.Panzeri@chgemeinden.ch>
Gesendet: Dienstag, 12. Juni 2018 13:44
An: _BJ-Info-EAZW
Betreff: Verzicht auf STN 12.06.2018 SGV Schweizerischer Gemeindeverband VNL
FMedV (Abstammungsdaten)

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Ihrem Schreiben vom 2. März 2018 haben Sie dem Schweizerischen Gemeindeverband (SGV) das oben erwähnte Geschäft zur Vernehmlassung unterbreitet. Für die Gelegenheit, uns aus Sicht der rund 1'600 dem SGV angeschlossenen Gemeinden äussern zu können, danken wir Ihnen.

Nach Studium der Unterlagen teilen wir Ihnen hiermit jedoch mit, dass der SGV zu dieser Vorlage keine Stellungnahme einreicht.

Vielen Dank für Ihre Kenntnisnahme.

Schweizerischer Gemeindeverband

Anna Panzeri
Projektleiterin
Laupenstr. 35, Postfach
3001 Bern
Tel. 031 380 70 05
anna.panzeri@chgemeinden.ch
www.chgemeinden.ch



SGV - Gemeinsam für starke Gemeinden

Der Schweizerische Gemeindeverband vertritt die Anliegen der Gemeinden auf nationaler Ebene. Er setzt sich dafür ein, dass der Gestaltungsspielraum der Gemeinden nicht weiter eingeschränkt wird. Er informiert in der «Schweizer Gemeinde» - hier geht es zur aktuellen Ausgabe - im Internet und an Fachtagungen über kommunalpolitisch relevante Themen und gute Praxisbeispiele. Unter den Gemeinden fördert er den Austausch, mit dem Ziel, ihre Leistungsfähigkeit zu steigern.



Bundesamt für Justiz
Bundesrain 20
3003 Bern

Per Mail: eazw@bj.admin.ch

Bern, 5. April 2018

Teilrevision der Fortpflanzungsmedizinverordnung: Vereinfachung des Vorgehens zur Mitteilung der Abstammungsdaten an das Kind

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Einladung, an der Anhörung zum oben genannten Geschäft teilzunehmen.

Wir bedauern, Ihnen mitteilen zu müssen, dass wir trotz der unbestrittenen Bedeutung der Vorlage aus Kapazitätsgründen auf eine Teilnahme verzichten müssen.

Besten Dank für Ihr Verständnis.

Freundliche Grüsse

Schweizerischer Städteverband
Direktorin

Renate Amstutz



Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD
Bundesamt für Justiz BJ
Direktionsbereich Privatrecht

Teilrevision der Fortpflanzungsmedizinverordnung: Vereinfachung des Vorgehens zur Mitteilung der Abstammungsdaten an das Kind

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Besten Dank für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Kurz gesagt:

Zu Art 23

Sinnvolle Vereinfachung.

Zu Art. 21 Information des Kindes

Abs. 3

Nicht streichen => Leistet es innerhalb der angesetzten Frist keine Folge, so bezeichnet das Amt die Vertreterin oder den Vertreter.

Ist die Person nicht in der Lage, selbständig zu handeln, dann soll das EAZW in der Pflicht bleiben diese zu unterstützen.

Begründung mit etwas Polemik (und am Schluss mit einem Vorschlag ohne Polemik):

Grundsätzlich I: Der Staat will sparen und alte Zöpfe abschneiden. Gut so.

Grundsätzlich II: Der Staat spart wieder bei den Schwachen. Nicht wirklich gut so ...

Grundsätzlich III: Wenn sich der Staat schon in die Fortpflanzung einmischt, dann mit Verantwortung für die Schutzwürdigen, d.h. bis am Schluss.

Die Erläuterung:

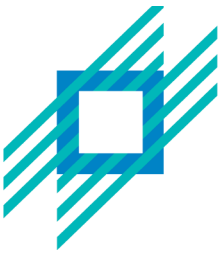
„Der Entwurf sieht ausdrücklich keine Pflicht für das EAZW mehr vor, der gesuchstellenden Person, die nicht in der Lage ist, selbständig zu handeln, eine Vertretung zu bestellen. Das soll eine pragmatische Lösungsfindung ermöglichen, die keine unnötigen Kosten verursacht. Dennoch kann es in Ausnahmefällen erforderlich sein, dass das EAZW in analoger Anwendung von Artikel 41 BGG“

hat nichts mit Pragmatismus (und sparen und schlank undsoweiter) zu tun sondern mit Verantwortungslosigkeit und Entsolidarisierung einer Funktionärskaste mit dem Auftraggebern (dem sogenannte Volk... das wäre die Polemik). Die ‚Entpflichtung des Staates‘ als Gemeinschafts-Sicherndes Organ und als Besitzer des Gewaltmonopols generiert immer Kosten. Bei so ‚Entschlackungen‘ immer bei den anderen. Dem sagt man outsourcing. Oder ‚arandschewu‘. Es ist widersinnig, dass der Staat die ‚Insemination‘ etc. regelt, deren Effekte (Kind) dann aber nicht (wegen Pragmatismus).

Und dann haben sie da so einen Satz ...

“ ist nicht auszuschliessen, dass die biologische Herkunft bei der Konstruktion der persönlichen Identität an Bedeutung zunehmen wird.“

Es ist jetzt passiert, aber unterlassen sie bitte psychologische Begründungen, wenn sie nichts davon verstehen. Die biologische Herkunft hat **immer** eine Bedeutung für die Identitätsbildung (vgl. Adoptionen etc.... ‚nicht auszuschliessen‘ .. ich musste echt einen Cognac trinken..). Zunehmen wird die Einforderung des Rechtes auf Information und die elektronischen Möglichkeiten, den Samenspender, auch wenn er nicht will, zu Kontaktieren (ad extremum Stalking). Und das ist vermutlich ein Hintergrund, warum sie so schnell wie möglich da raus wollen....



SKJP
ASPEA
ASPEE

Schweizerische Vereinigung für Kinder- und Jugendpsychologie
Association Suisse de Psychologie de l'Enfance et de l'Adolescence
Associazione Svizzera di Psicologia dell'Età Evolutiva

Vorschlag (ohne Polemik): Genau so wie Kinder in einem Kinderschutzverfahren (vermutlich Art. 314abis ZGB) eine Vertretung mit/durch einen Beistand bekommen können, wäre dies in obigem (Ausnahme-)Fall möglich mit einer Kooperation des EAZW mit den Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden (das ginge unter Synergien nutzen und braucht eine Liste und ein Telefon und eine Verfahrensregelung ...).

In diesem Sinne: sollten sie daran interessier sein, das Problem zu lösen und nicht zu verschieben sind wir Ihnen gerne behilflich.

Nochmals besten Dank, dass wir zur Stellungnahmen eingeladen wurden.

Freundliche Grüsse

Philipp Ramming
Präsident SKJP / ASPEA / ASPEE / SACAP

SKJP Schweizerische Vereinigung für Kinder und Jugendpsychologie
ASPEA Association Suisse de Psychologie de l'Enfance et de l'Adolescence
ASPEE Associazione Svizzera di Psicologia dell'Età Evolutiva
SACAP Swiss Association for Child and Adolescent Psychology

Falkenriedweg 16
CH-3032 Hinterkappelen
philipp.ramming@bluewin.ch
H: + 41 79 535 76 66

Walter Sibyll BJ

Von: Bärtschi Joanna <Joanna.Baertschi@sodk.ch>
Gesendet: Montag, 23. April 2018 17:17
An: _BJ-Info-EAZW
Cc: Marti Regula
Betreff: Verzicht auf STN SODK/CDAS 23.04.2018 VNL FMedV (Abstammungsdaten)

Kennzeichnung: Assurer un suivi
Kennzeichnungsstatus: Erledigt

Madame la Conseillère fédérale,

En référence à votre courrier du 2 mars 2018 concernant la procédure de consultation relative à la révision partielle de l'ordonnance sur la procréation médicalement assistée, nous vous informons que la Conférence des directrices et directeurs cantonaux des affaires sociales (CDAS) renonce à prendre position. Elle estime en effet ne pas être directement concernée par les modifications prévues.

Nous vous prions d'agréer, Madame la Conseillère fédérale, nos salutations distinguées.

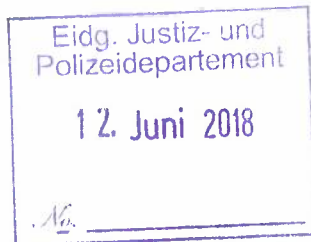
Joanna Bärtschi
Fachbereichsleiterin Kinder und Jugend
Responsable du domaine Enfance et jeunesse

_Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren
_Conférence des directrices et directeurs cantonaux des affaires sociales

T (dir.) 031 320 29 88 (Montag, Dienstag und Donnerstag lundi, mardi et jeudi)
_T (Zentrale_Centrale) 031 320 29 99

_SODK Generalsekretariat Speichergasse 6 Postfach 3001 Bern
_CDAS Secrétariat général Speichergasse 6 Case postale 3001 Berne
joanna.baertschi@sodk.ch www.sodk.ch

Département Fédéral de Justice et Police
Mme Simonetta Sommaruga
Conseillère fédérale
3003 Berne



Lausanne, le 8 juin 2018/aro

**Révision partielle de l'Ordonnance sur la procréation médicalement assistée –
simplification de la procédure d'information de l'enfant**

Madame la Conseillère fédérale,

La Société Vaudoise de Médecine (SVM) a pris connaissance de la procédure de consultation sur la révision partielle de l'Ordonnance sur la procréation médicalement assistée.

Dans le délai indiqué pour ce faire, la Société Vaudoise de Médecine a l'avantage de vous transmettre, ci-dessous, ses déterminations dans le cadre de la procédure de consultation.

La SVM observe que cette modification de l'ordonnance est dictée par le fait que les premiers enfants issus de dons de sperme atteindront la majorité civile en 2019 et pourront faire valoir leur droit absolu à connaître l'identité du donneur, et ce sans alourdir les ressources humaines à disposition de la Confédération.

La SVM salue cette modification qui vise à alléger l'exercice d'un droit fondamental pour les personnes issues de ce type de procréation. Elle soutient dès lors la réforme.

En vous remerciant pour l'attention que vous porterez aux présentes déterminations, nous vous prions de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'expression de notre plus haute considération.

SOCIETE VAUDOISE DE MEDECINE



Dr Philippe Eggimann
Président



Pierre-André Repond
Secrétaire général

Walter Sibyll BJ

Von: Hélène Agb  m  gnah <agbemegnah@travailsuisse.ch>
Gesendet: Dienstag, 15. Mai 2018 09:16
An: _BJ-Info-EAZW
Cc: Adrian Wuethrich
Betreff: Verzicht auf STN Travail.Suisse 15.05.2018 VNL FMedV
(Abstammungsdaten)

Kennzeichnung: Assurer un suivi
Kennzeichnungsstatus: Erledigt

Madame, Monsieur,

Nous vous remercions de nous avoir consulté au sujet de la révision partielle de l'ordonnance sur la procréation médicale assistée dont le délai court jusqu'au 15 juin 2018.

Malgré l'intérêt de la consultation, Travail.Suisse, l'organisation fa  ti  re indépendante des travailleurs et travailleuses, souhaite s'abstenir de commentaires au sujet de cette révision en raison des priorités de nos fédérations.

Merci de votre attention et cordiales salutations.
Hélène Agb  m  gnah

Travail.Suisse

Travail.Suisse
Hopfenweg 21, 3001 Bern
031 370 21 11, agbemegnah@travailsuisse.ch
www.travailsuisse.ch
Présences: Lu, Ma, Me